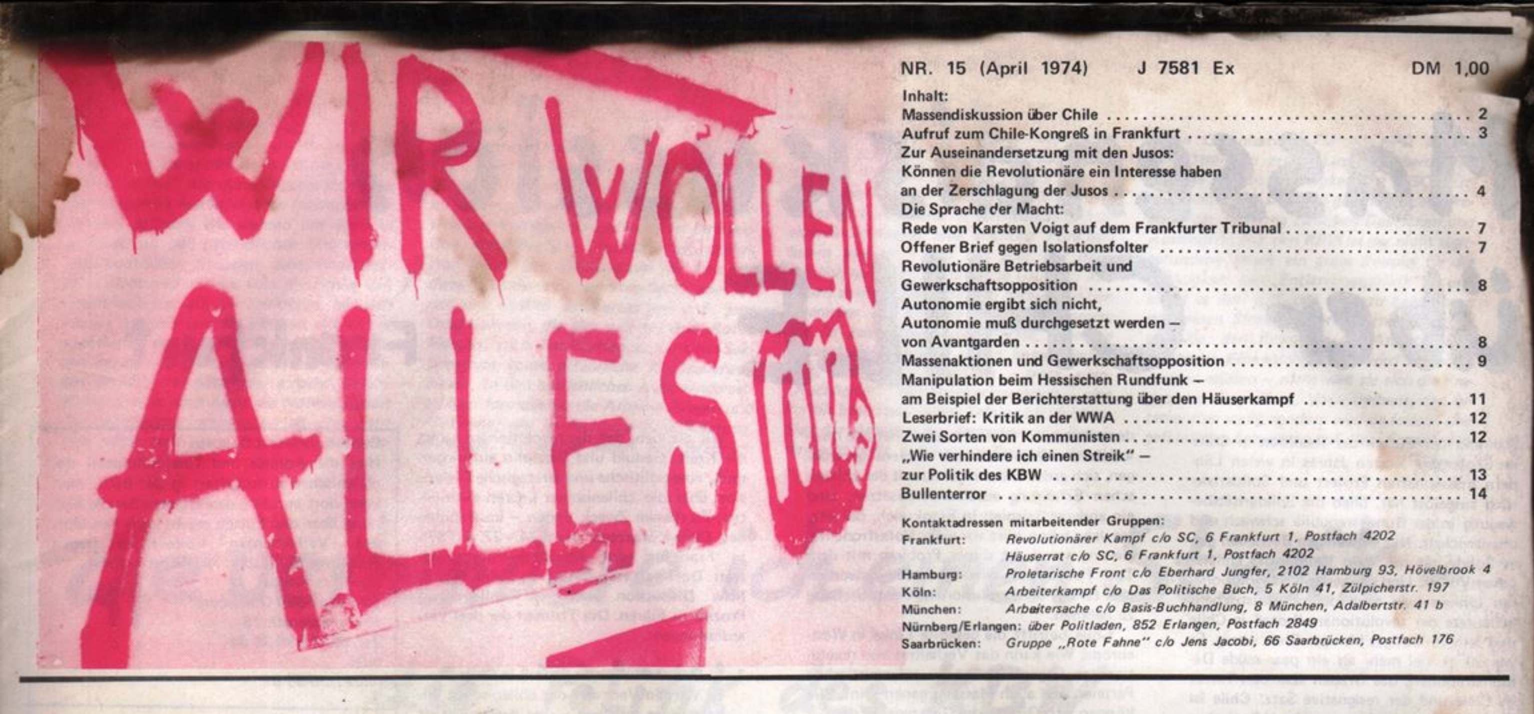
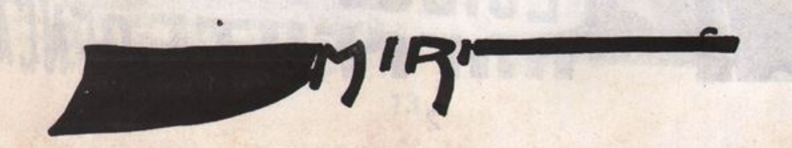


NR. 15 (April 1974) J 7581 Ex DM 1,00

Inhalt:

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:
Frankfurt: *Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202*
Häuserrat c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
Hamburg: *Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hövelbrook 4*
Köln: *Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicherstr. 197*
München: *Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München, Adalbertstr. 41 b*
Nürnberg/Erlangen: *über Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849*
Saarbrücken: *Gruppe „Rote Fahne" c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176*

VON CHILE LERNEN



Massendiskussion über CHILE

Frankfurt

Während der Putsch der Reaktion in Chile im September letzten Jahres in vielen Ländern massenhaften Protest und Solidarisierung ausgelöst hat, blieb die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik schwach und unentwickelt. Nur in wenigen Betrieben gab es Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes. Und der gesamten revolutionären Linken (wie auch der reformistischen) bedeutete der revolutionäre Prozeß in Chile und sein vorläufiges blutiges Ende wenig. Es war nicht viel mehr als ein paar müde Demonstrationen, das Grauen über den Terror in Chile und der resignative Satz: **Chile ist fern!** Während die Jusos vor der chilenischen Erfahrung einfach die Augen verschlossen und nicht mehr als das Wort „Solidarität" auf den Lippen führten, gingen die revolutionären Gruppen scheinbar auf dieses Problem ein. Aber sie alle — voran die Parteiaufbauer — sahen nur eins: ohne den bewaffneten Kampf geht's eben doch nicht, wie Marx, Lenin und verschiedene andere ja schon sagten. Das heißt: sie verschlossen die Augen vor der Tatsache, daß es in Chile drei Jahre lang unter de;Regierung der „Unidad Popular" einen revolutionären Prozeß von bisher unvorstellbaren Ausmaßen gegeben hatte, daß in Chile drei Jahre lang die Fragen der Gegenmacht, der Volksmacht und der Bewaffnung des Volkes konkreter, praktischer und entwickelter gestellt wurden von den revolutionären Organisationen und von den Massen) als in irgendeinem westlichen Land nach dem Zweiten Weltkrieg. Statt diesen Prozeß, seine Kräfte und Gegenkräfte zu analysieren und daraus zu lernen, ergingen sich die bornierten Revolutionäre darin, die Fehler der UP-Regierung vorzurechnen, die Ent(!)waffnung der Massen durch die UP-Regierung anzuklagen etc. Statt den revolutionären Prozeß, der die Massen ergriffen hatte und immer stärker von ihnen getragen wurde, zu begreifen, wiederholten sie die primitive Verschwörungstheorie: die Massen wollten (wie immer, bekanntlich) die Revolution — die UP-Regierung hat es verhindert.

Die Erfahrungen und Diskussionen der Genossen in anderen Ländern zeigen, daß Chile gar nicht so fern liegt. In Italien stellt sich heute sehr aktuell das Problem einer „Volksfront" neuen Typs: der Klassenkampf hat dort einen Stand erreicht, daß die Kommunistische Partei, die die Gefahr von unten und damit von links fürchtet, eine ganz besondere Konsequenz aus der vorläufigen Niederlage der chilenischen Revolution gezogen hat — den „historischen Kompromiß"; sie strebt ein Regierungsbündnis mit den Christdemokraten an. Diese Situation hat alle revolutionären Organisationen Italiens gezwungen, sich ernsthaft und genau mit der chilenischen Erfahrung auseinanderzusetzen. Und ein anderes Beispiel: in Frankreich, das letztes Jahr schon kurz vor einer Volksfront-Regierung stand, ist dieses Problem mit dem Tod Pompidous wieder aktuell geworden und zwingt die revolutionäre Linke Stellung zu nehmen.

Chile betrifft die gesamte Linke in Westeuropa. Wie kann das Verhältnis von revolutionären Organisationen zu reformistischen Parteien und auch Massenorganen sein? Wie können sich Organe der Gegenmacht der Arbeiter entwickeln und sichern? Welche Rolle spielt di. revolutionäre Gewalt von Anfang an in diesem Prozeß?

Wenn sich diese Fragen auch den französischen und italienischen Genossen sehr viel konkreter und aktueller stellen als uns — auch hier wäre es ein Fehler, revolutionäre Erfahrungen zu verpassen. Zwar stellen sich in der BRD noch nicht die Fragen von Volksmacht und Revolution — aber die letzten Jahre haben gezeigt, daß eine Arbeiterbewegung im Entstehen ist, die aus der Konsequenz ihrer Kämpfe heraus in die praktische Konfrontation mit dem Reformismus gerät. Ihr hat sich schon die Frage der proletarischen Gewalt praktisch gestellt und sie wird sich ihr weiter stellen. Sie wird heute auf die Frage der Perspektive und der Gegenmacht gestoßen. Die Bedeutung jeder revolutionären Gruppe wird sich darin zeigen, ob sie in der Lage ist, auf diesen Prozeß und diese Fragen einzugehen oder nicht; ob sie zum Beispiel in der gegenwärtigen parlamentarischen Krise des herrschenden Reformismus und insbesondere der gefährdeten Lage des linken Reformismus, der Jusos, sektiererhaft das „Ende der reformistischen Illusionen" begrüßen oder sich die Frage stellen, wie es den Revolutionären gelingen kann, die Widersprüche im Reformismus zu erhalten und zu verschärfen (dazu genauer: der Juso-Artikel in dieser Nummer der WWA).



Wir glauben, daß die revolutionäre Linke die Kraft, Geduld und Disziplin aufbringen muß, eine politische und strategische Diskussion über die chilenischen Lehren einzuleiten. Zu diesem Zweck finden — im Rahmen des Chile-Kongresses vom 24.–27. 4. 1974 in Frankfurt drei Massenveranstaltungen statt. Dort soll versucht werden, eine öffentliche Diskussion über den chilenischen Prozeß zu führen. Die Themen der drei Veranstaltungen:

1. **Der revolutionäre Prozeß in Chile**
   Es werden Vertreter des chilenischen Widerstandes sprechen — und zwar nicht als Chilenen und Chile-Experten, sondern als Vertreter politischer Organisationen (MIR, Mapu, SP): über ihre Einschätzung des chilenischen Prozesses.

2. **Bedeutung Chiles für eine revolutionäre Strategie in Westeuropa**
   Bericht über die konkreten Solidaritätskampagnen in Frankreich und Italien: über die Arbeit in Betrieben und Stadtteilen. Zweiter Teil: die strategische Diskussion der französischen und italienischen Revolutionäre über die chilenischen Lehren. Mit vorbereiteten Referaten von französischen und italienischen Organisationen, die nicht Proklamationen sind, sondern ausführliche inhaltliche Diskussionen widergeben und konfrontieren.

3. **Konsequenzen für die Chile-Diskussion und die Solidaritätsarbeit in der BRD**
   Chile-Komitees und andere Gruppen werden über die Entwicklung der Solidaritätsarbeit berichten. Daneben soll auf dieser Veranstaltung eine politische Diskussion geführt werden: es sollen nicht schon inhaltlich entwickelte Positionen zu Chile vorgetäuscht werden (die Diskussion, die dahin führen könnte, hat es nicht gegeben), sondern es soll — am praktischen Verhalten zu Chile — über die Gründe der Geschichtslosigkeit und Borniertheit der westdeutschen Linken diskutiert werden; dazu wird der RK einen Beitrag schreiben. Andere Gruppen sind aufgefordert, andere Beiträge zu liefern.

Genossinnen und Genossen, die nicht allzuweit von Frankfurt entfernt wohnen, sind herzlich aufgefordert, zu diesen Diskussionen zu kommen.

Revolutionärer Kampf

Genossinnen und Genossen!
Hier die Adresse und Telefonnummer des chilenischen Botschafters in der BRD. Man kann dort anrufen, dem Botschafter die Meinung über den Putsch sagen; nach den Morden, Verhaftungen, Folterungen fragen etc. — vor allem aber: **Möglichst lange!!!**

Raul Yrarrazabal
53 Bonn - Bad Godesberg
Kronprinzenstr. 16
Tel. 02221/36 30 84
oder
02221/36 55 61

!!



Haus, Bewußtsein und Gewehr

Schauspieler in Chile erschossen

Der chilenische Schauspieler Hugo Goodman ist von einer chilenischen Militärstreife erschossen worden, als er mit seinem Wagen durch die Stadt Concepción fuhr. Der Sänger Buddy Richard befand sich im gleichen Wagen und wurde verletzt. Die Streife habe gegen das Fahrzeug das Feuer eröffnet, weil sich der Schauspieler trotz des Ausgehverbots auf der Straße befunden und trotz einer Warnung mit seinem Wagen weitergefahren sei, erklären die Behörden in Chile.

Hugo Goodman, der seit 15 Jahren in Mexiko lebte, ist im vergangenen Monat auf Einladung der Junta nach Chile zurückgekehrt, um am Festival von Viña del Mar teilzunehmen. Anschließend hatte er beschlossen, einige Zeit in Chile zu verbleiben und sich an dem „nationalen Wiederaufbau" zu beteiligen.

AFP



SOLIDARITÄT MIT DEM REVOLUTIONÄREN KAMPF DES CHILENISCHEN VOLKES

INTERNATIONALE CHILE KONFERENZ
Frankfurt am Main, 24.–27. April 1974

Der Militärputsch gegen den revolutionären Prozeß in Chile hat militante Solidarität von ungewöhnlichem Ausmaß und ungewöhnlicher Stärke vor allem bei den Organisationen und Genossen hervorgerufen, die in der ganzen Welt für dieselben Ziele kämpfen wie die Arbeiter, Bauern, Pobladores und alle Revolutionäre in Chile. Gleichzeitig haben die bisherigen Solidaritätskampagnen in allen europäischen Ländern eine breite Unterstützung durch die Arbeiterklasse und andere Teile der Bevölkerung hervorgerufen.

Von Anfang an war in diesen außerordentlichen Mobilisierungskampagnen militantes Engagement untrennbar verbunden mit der Analyse und der Reflexion über grundlegende Fragen, die durch die chilenische Erfahrung aufgeworfen wurden.

Die Organisationen der revolutionären Linken und die in den Solidaritätskampagnen engagierten Basiskomitees sind sich darin einig, daß die Probleme, die sich aus den chilenischen Erfahrungen ergeben, auch für die Entwicklung politischer Strategien des Übergangs zum Sozialismus in Westeuropa von entscheidender Bedeutung sind. Angesichts der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Westeuropa stehen auch hier Fragen und Probleme auf der Tagesordnung wie: Das Problem des bürgerlichen Staates, das Problem der „Mittelschichten", die Frage des Imperialismus und seiner weltweiten Krise, die Frage der revolutionären Organisation und die Frage der autonomen „Volksmacht", des „Poder Popular".

Gerade auch im Hinblick auf die Weiterführung und Verbreiterung der Chile-Solidaritätskampagnen ist es notwendig, zu einem breiten Erfahrungsaustausch und einer gezielten politischen Debatte auf europäischer Ebene unter all den Kräften — Organisationen und Komitees — zu kommen, die an den bisherigen Kampagnen beteiligt waren.

Um einen solchen Erfahrungsaustausch und eine solche Debatte zu ermöglichen, wird vom **23.–27. 4. 1974** eine **Internationale Chile-Konferenz** in Frankfurt a. M. stattfinden. Diese Konferenz soll einerseits einen Beitrag zur Erarbeitung einer revolutionären Strategie für Westeuropa leisten und andererseits Ausdruck der aktiven Solidarität mit dem chilenischen Widerstand sein.

Durch die Teilnahme einer möglichst großen Zahl von Organisationen der revolutionären Linken und von Chile-Komitees in Westeuropa sowie von Vertretern der chilenischen Linken soll gewährleistet werden, daß die politische Debatte tatächlich auf breitester Basis geführt und die militante Unterstützungsarbeit für den chilenischen Widerstand in den verschiedenen Ländern verbreitert und verstärkt werden kann.

Um diese Ziele öffentlich wirksam zu bekräftigen, soll die Konferenz mit einer Demonstration und Kundgebung enden, die sich in erster Linie auf die Mobilisierung in der BRD stützt, an der aber auch Abordnungen aus den verschiedenen westeuropäischen Ländern so breit wie möglich teilnehmen sollten. Zusammenfassend lassen sich folgende Ziele der Konferenz bestimmen:

- Die Solidaritätsinitiativen in den verschiedenen Ländern zu verstärken und auf westeuropäischer Ebene zu koordinieren;
- Die Diskussionsbeiträge der verschiedenen politischen Organisationen und Chile-Komitees in Westeuropa miteinander zu konfrontieren und eine gezielte Strategiedebatte zu führen;
- Die Repräsentanten des chilenischen Widerstandes zu Wort kommen zu lassen, damit ihre vielfältigen Erfahrungen und ihre politischen Einschätzungen in die Debatte sowie in die weitere Solidaritätsarbeit aufgenommen werden können und damit den Teilnehmern an der Konferenz die Möglichkeit gegeben wird, anhand dieser Erfahrungen und Einschätzungen die politischen Konsequenzen aus der chilenischen Lehre für ihre eigene Arbeit im Klassenkampf zu ziehen.

Frankfurt a. M., 31. 3. 1974

Dieser Aufruf wurde bisher von folgenden Organisationen und Komitees unterzeichnet:

Schweiz:
- Organisations revolutionnaires de la conference de Berne

Schweden:
- Forbundet Kommunist
- Svenska Chile Kommitee

Dänemark:
- Kommunistik Forbund

England:
- International Socialists
- Big Flame

Irland:
- People Democracy

Belgien:
- La parole au peuple
- Ajance de presse: Liberation
- Secour rouge international

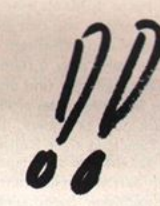
Spanien:
- Organizacion comunista de Espana „Bandera roja"

Bundesrepublik-Westberlin:
- Revolutionärer Kampf und Gruppen um „Wir wollen alles"
- Sozialistisches Büro
- Chile-Komitee Westberlin

Italien:
- Il Manifesto
- Lotta Continua
- P.d.U.P.
- Avanguardia Operaia
- Avanguardia Comunista
- Liberazione e Sviluppo
- Comitato Vietnam
- Comitato di Sostegno alla lotta armata del popolo cileno

Frankreich:
- Organisation communiste „Revolution"
- Pour le communisme

!! Die drei öffentlichen Chile-Veranstaltungen finden am Freitag und am Samstag (26.+27. April) jeweils um 16 Uhr in der UNI-Frankfurt statt.



Chile-Kongress zur Vorbereitung ▶▶▶▶

Mit wem sollte sich die chilenische Linke verbünden? Mit wem sollte sich die Masse der armen Landarbeiter, der Slumbewohner, der Minen- und Fabrikarbeiter zusammenschließen? Mit wem konnten sie sich verbünden? Unter welchen Bedingungen?

Miguel Enriquez, der Generalsekretär des MIR - Bewegung der revolutionären Linken - betrachtet es als "Einleitung der Niederlage der Unidad Popular, daß sie versucht, den Mittelstand einfach zu kaufen". Und weiter: "Wie gelingt es uns, Machtverhältnisse zu schaffen, die sich zugunsten der Armen auswirken; wie gelingt es uns, sie in einer so starken Bewegung zu organisieren, daß auch die Mittelklassen mitgerissen werden?"

94 Seiten,
Fotos und Dokumente
DM 5.-

Verlag Roter Stern
6 Frankfurt Postfach 18 0147



Admiral Ismael Huerta, Außenminister der Junta, erklärte auf der jüngsten panamerikanischen Konferenz in Mexiko: „Ich weiß nicht, was man heute mit dem Wort Faschismus meint. In meiner Jugend war ich in Europa, und dort wurde der Ausdruck für autoritäre, starke und führunggebende Regierungen verwendet. Wenn man diesen Ausdruck auf uns anwendet, weil wir eine starke Regierung sind, dann sind wir Faschisten."

↳ aus: "Stern" Nr. 13 21. März 74, S. 160

Können die Revolutionäre ein Interesse haben an der Zerschlagung der JUSO's ?

Der folgende Beitrag fußt auf Erfahrungen und Problemen des Frankfurter Häuserkampfs und versucht, einige strategische Fragen einer linksradikalen Politik anzugehen. Der Artikel versucht, ausgehend von dem Foltertribunal am 12. März 1974, zu begründen, warum wir die politische Auseinandersetzung und Diskussion mit den Jusos für notwendig halten, warum wir — im Gegensatz zu den meisten Parteiaufbauern — in der Zerschlagung der Jusos nicht das Ende einer „reformistischen Illusion" begrüßen würden, sondern daran interessiert sein müssen, daß die gesellschaftlichen Widersprüche, die in den Jusos ihren organisatorischen Niederschlag erfahren haben, in dieser Form auch erhalten bleiben und sich verschärfen. Es geht in dem Artikel also um die Frage des Verhältnisses von revolutionären zu radikalreformistischen Organisationen. — Der Beitrag ist ein Diskussionsentwurf; er will notwendige Konsequenzen andeuten — es wird nicht behauptet, sie seien schon gezogen.

Ist Anklage Gejammer?

Der militanten, siegreichen Demonstration am 23. Februar 1974 folgte die Angst: nicht der kommunistischen Kommentatoren des Häuserkampfs, sondern derer, denen mit der Parole Ernst war: Widerstand ist nötig! Die einen hatten sofort ihre Flugblätter parat, um der Bevölkerung — anhand des militanten Demonstrationsobjekts — klarzumachen, daß die Bodenspekulation unter sozialdemokratischer Aufsicht wirklich eine schlimme Sache sei; sie sprachen von den allgemeinen Zusammenhängen und schwiegen über den konkreten Widerstand oder diffamierten ihn sogar — so war es einfach und ungefährlich für sie, in den Stadtteilen das große Wort zu schwingen. Uns ging es anders: daß Frankfurt mehrere Tage lang in ein Bullenlager verwandelt war, das machte **uns** Angst, weil **wir** gemeint waren. Wir waren gelähmt, weil uns in den Tagen nach dem Samstag klar wurde, daß wir in unserer Aktion einen — notwendigen! — politischen Anspruch formuliert hatten und zumindest im Moment nicht in der Lage waren, ihn praktisch umzusetzen, ihn in der Massenagitation zu erklären und somit der faschistischen Presse- und Bullenhetze entgegenzutreten.

Erst Tage später kamen die ersten Flugblätter, dann eine Nummer der „Häuserratszeitung", von der 50 000 Exemplare in der Stadt verteilt wurden. Das Wichtigste aber war, mehr als zwei Wochen nach dem Samstag, das Tribunal am 12. März 1974. Das Tribunal, auf dem etwa 2 000 Leute anwesend waren, hatte zwei Teile: im ersten berichteten Betroffene und Zeugen über Mißhandlungen und Folterungen durch die Polizei im Zusammenhang mit der Demonstration am Samstag (ein Teil dieser Aussagen wurde in der letzten WWA abgedruckt); der zweite Teil bestand aus einer Diskussion — im wesentlichen zwischen dem Häuserrat und den Jusos, vertreten durch ihren ehemaligen Bundesvorsitzenden Karsten D. Voigt.

Nicht gegen eine schlechte Polizei, sondern gegen die Polizei!

In der Vorbereitung des Tribunals gab es Unklarheiten, die an den politischen Kern unserer Arbeit rühren. Genossen sagten: Ist es für uns, die wir am Samstag angegriffen haben, nicht ein politischer Rückschritt, wenn auf dem Tribunal jetzt die Brutalität der Polizei bejammert wird? Und: Haben wir es nötig, uns auf öffentlichen Versammlungen ausgerechnet mit Leuten wie Voigt herumzuschlagen? Hinter beiden Fragen steht dieselbe radikalistische Position; wir wollen im folgenden nur kurz auf die erste Frage eingehen und dafür ausführlicher die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Jusos begründen.

Berichte über Mißhandlungen und Folterungen durch die Polizei sind nie an sich als moralisch und Gejammer abzutun. Wer das meint, der verwechselt sich selbst als revolutionär Handelnden mit den Massen. Natürlich ist den meisten Leuten **irgendwie** klar, daß die Polizei ein Repressions- und Klasseninstrument ist; dieses Bewußtsein aber ist vage, immer wieder wird z. T. erfolgreich die Ideologie der Klassenneutralität dagegengesetzt. Eine gewaltsame Konfrontation zwischen Polizei und denen, die Widerstand leisten, hat nicht an sich schon agitatorische Wirkung, genausowenig wie gewaltsame Auseinandersetzung per se revolutionär ist. Bei jeder Auseinandersetzung kommt es darauf an zu zeigen, welche Interessen hier aufeinanderstoßen, welche berechtigt und welche reaktionär sind. Es ging bei dem Tribunal nicht darum, die „Entgleisungen" der Bullen herauszustreichen, um damit die eigene Gewalt zu vertuschen. Es ging darum zu zeigen, daß die Bullen kapitalistische Interessen gewaltsam vertreten, daß ihr „Ordnungsauftrag" für sich genommen schon Gewalt ist und daß die Bullen in diesem Zusammenhang jederzeit bereit sind, sogar noch die Grenzen dieser gewaltsamen Legalität zu überschreiten. Der Häuserrat wollte auf dem Tribunal nicht zeigen, daß die Frankfurter Polizei eine **schlechte** Polizei ist, sondern **daß** sie Polizei ist und was das im konkreten Kampf um Interessen bedeutet. Nach dem Samstag waren Presse, Rundfunk und Fernsehen voll von Hetze gegen die Militanz der Genossen, dieses — sicherlich nicht wirkungslose — Interpretationsmonopol schien unantastbar. In diesem Zusammenhang hat das Tribunal seine Bedeutung: so ist es gelungen, die Gewalttätigkeit der Polizei wieder in die öffentliche Diskussion zu bringen — und zwar so, daß die Presse ausführlich darüber berichten mußte. Die politische Bedeutung der Tribunals liegt darin, daß beides **im Zusammenhang** gelungen ist: auf der einen Seite die Brutalität der Polizei zu dokumentieren und auf der anderen Seite in der politischen Diskussion klarzustellen, daß wir über diese Brutalität — die wir immer wieder anprangern werden, denn sie ist kapitalistische Gewalt gegen Menschen! — nicht moralisch empört sind, daß wir nicht den verselbständigten Gewaltmechanismus einer „faschistischen" Polizei anklagen (Frankfurt ist noch nicht Santiago!), daß diese Polizei nur so gewalttätig ist, wie das System heute sein muß und daß wir im Recht sind, wenn wir uns dagegen wehren. Das Tribunal, das viele für defensiv hielten, war beides: eine Anklage der kapitalistischen Gewalt und eine **öffentliche** Begründung von revolutionärer Gewalt.

SOLDADO
NO MUERAS POR
LOS PATRONES.
VIVE LUCHANDO
JUNTO AL PUEBLO
SOLDADO
DESOBEDECE
A LOS OFICIALES
QUE INCITAN
AL GOLPE
MIR

Soldat
stirb nicht für die Unternehmer.
Lebe, kämpfend
an der Seite des Volkes.

Soldat
verweigere den Offizieren
den Gehorsam,
die dich zum Putsch
antreiben.

(Plakat des MIR)

Karsten Voigt: his master's voice

Voigt saß mit in dem Komitee, das das Tribunal vorbereitete; und noch mehr: er hatte angekündigt, er sei zwar gegen die Übergriffe der Polizei, genauso aber sei er gegen die Politik des Häuserrats: mit der wolle er sich öffentlich auf dem Tribunal auseinandersetzen. Warum soll der reden, fragten viele Genossen. Und in der Tat, Voigts Diskussionsbeiträge waren danach: da sprach nicht mehr der Juso, da sprach der Karrierist und Aufsteiger Voigt. Er wußte sehr wohl, daß er unter den Anwesenden keinen Anklang finden würde — dennoch sprach er: seine Zuhörer saßen nicht unten im Saal, sie saßen im Rathaus, im Magistrat, in den Ämtern der SPD — sie saßen dort, wo Voigt noch nicht ist, aber hin will. Sein Beitrag auf dem Tribunal war eine Art Reifeprüfung für den Aufstieg: im Getümmel der Chaoten, mit denen er manchmal immer noch ganz zu Unrecht gleichgesetzt wird, zeigte der Voigt, daß er eine weiße Weste hat, daß er vertrauens- und amtswürdig ist. Er argumentierte nicht mehr — wie es viele Jusos taten und noch tun — auf der Basis einer vorrangigen Solidarität mit denen, die um Interessen kämpfen und Repression erfahren. Er argumentierte aus dem Blickwinkel derer, die selber herrschen: es ging ihm nicht um die Legitimität von Interessen und Kampfformen, die für die wirklich Beteiligten allein ausschlaggebend sind, es ging ihm darum, wie man mit diesen Interessen **umgeht**, wie man sie **verwaltet** (und damit zwangsweise unterdrückt — was er freilich nicht gesagt hat).

Was Voigt sagte, das war die doppelzüngige Eindeutigkeit jener „Linken", die gerade nach oben klettern. Da war zuerst die entschlossene Parteinahme: das Frankfurter Wohnungselend rühre von kapitalistischer Bodenpolitik und Kapitalismus überhaupt her, es sei Ausdruck der „strukturellen Gewalt" des Systems; die Rolle der Polizei sei eine schlechte, es habe „Übergriffe" gegeben, kein Zweifel; radikale Veränderung im Interesse der Massen sei nötig, auch kein Zweifel. Doch dem Ja folgte sogleich das **ABER** des Realpolitikers: die Gewalt der Demonstranten sei genauso zu verurteilen, ja er sei sogar dafür, daß sie mit allen gerichtlichen Mitteln verfolgt werde — da lasse der Rechtsstaat keinen Ausweg; so sehr auch „demonstrative Gesetzesübertretungen wichtige **ANSTÖSSE** für eine sozialistische Reformstrategie gegeben haben" — auf die Dauer könnten sie kein Mittel der Auseinandersetzung sein: die „Feindbildfixierung auf Seiten der Demonstranten" schade einer „rationalen sozialistischen Strategie". Voigts zentrale strategischen Aussagen: „Über die Diskussion von Übergriffen hinaus muß versucht werden, gefährliche Entwicklungstendenzen in der Polizei zu beeinflussen. Dazu ist ein verstärkter Einfluß der demokratischen politischen Führung auf die Polizei innerhalb der Ausbildung und Ausstattung der Polizei erforderlich. . . . Eine derartige Diskussion wird bestehende Konflikte nicht beseitigen können, aber wohl eine Rechtsentwicklung auf Seiten der Polizei und eine zunehmende Irrationalität von Teilen der Demonstranten hemmen (!) können. . . . Anfang der siebziger Jahre hat sich z. T. ein fahrlässiger Wortgebrauch und auch zunehmend eine gefährliche Strategie als Voraussetzung für ihre Wirkung **REAKTIONÄRER GEWALTANWENDUNG** von Demonstrantengruppen entwickelt. Diese **PROVOKATION** staatlicher Gewaltanwendung kann unter den Bedingungen der BRD mit dem ausgebauten Potential staatlicher Gewalt, Polizei, Bundesgrenzschutz und letztlich auch Bundeswehr- und US-Truppen, in letzter Konsequenz nur zur Zerschlagung der ohnmächtigen linken Gruppen und zur Etablierung von reaktionärer rechter Gewalt führen."

Das häßliche Gesicht des Reformismus

Voigts Argumente drückten exakt die — scheinbare — Hilflosigkeit „sozialistischer Reformstrategie", die sich anschickt, Realpolitik zu werden, aus: man geht nicht von der konsequenten Parteinahme für Interessen und von der Notwendigkeit des Sieges, sondern von Kompromissen aus: die reaktionäre Gewalt der Polizei soll nicht abgeschafft, sondern „gehemmt" werden; der offensive Kampf hat eh keine Chance — dazu ist der staatliche Gewaltapparat in der BRD viel zu gut gerüstet. Voigts Argumentation zeigt beispielhaft, wie der Zwang zur Realpolitik die Verfälschung richtiger Ausgangspositionen erzwingt: Voigt weiß sehr wohl — dazu ist er Marxist genug —, daß der Staat kein neutrales, sondern ein Klassenorgan ist, er weiß also sehr wohl, daß die kapitalistische Polizei wie alle bewaffneten kapitalistischen Organe kein Eigenleben führt, kein Staat im Staate ist, sondern unmittelbarer Ausdruck der jeweils notwendigen Repression, er weiß **eigentlich** sehr genau, daß deswegen die Demokratisierung der Polizei als Strategie so sinnlos ist wie die Humanisierung der Ausbeutung. Aber seine Strategie des legalen, parlamentarischen, reformerischen Weges, die die Waffen streckt, noch bevor sie sie in die Hand nimmt, zwingt ihn all das zu vergessen: geht es erst einmal darum, Machtpositionen dieses Staates zu erobern, dann muß man sich ihren Zwängen und ihrer Arbeitsteilung unterwerfen — dann ist man nicht mehr Feind der staatlichen Ge-





walt, der Polizei, sondern ihr Mitarbeiter: man versucht Einfluß zu nehmen, Schlimmes zu „hemmen", man muß sich ihrer bedienen, wenn Gesetz und Verfassung es vorschreiben; dann hat man nicht mehr die Möglichkeit, die Gewalt der Unterdrückten nach ihrer Berechtigung zu beurteilen, dann ist diese Gewalt nur noch Gesetzesübertretung und muß bestraft werden, dann ist man eins mit dem staatlichen Gewaltmonopol: die Gewaltanwendung des Staates (z. B. bei Häuserräumungen) ist — mag sie auch unschön und bedauerlich sein — gerechtfertigt, **alle andere Gewalt ist feindlich und reaktionär** (Voigt: „Ähnlichkeit zwischen außerparlamentarischen Gruppen und rechtskonservativen Gruppen"). Voigt war konsequent und zynisch genug, das zuzugeben: der Polizeipräsident Voigt würde nicht anders handeln als der Polizeipräsident Müller! (Freilich: dieses schmutzige und unpopuläre Geschäft überläßt man arbeitsteilig der anderen Fraktion der Partei.) So zeigt sich das zweite, das wirkliche Gesicht des hilflosen Reformismus: sind zu Anfang die Bewegung und ihre außerlegalen Aktionsformen ein „wichtiger Anstoß" für den Reformismus im Aufbruch, so ändert sich das grundlegend, wenn die Reformisten vom Fordern zum Machen übergehen. Da gibt es nicht mehr die radikale Parteinahme für die Interessen der Unterdrückten, da sind diese Interessen nur noch **ein** Faktor von vielen, die berücksichtigt werden müssen, will man nicht die eroberten Positionen wieder verlieren. Da wird der beste Wille zur Fratze der Macht. Voigt wirft uns vor, unsere Gewalt sei reaktionäre Gewalt, sie leiste der politischen Rechtsentwicklung Vorschub; da hat Voigt den ersten Schritt schon gemacht und den zweiten vorbereitet: Gewalt **an sich** ist reaktionär, unsere Gewalt wird von ihrem Inhalt und ihren Ursachen getrennt, geredet wird von der Gewalt, damit ihre Ursachen verschwiegen werden können — der zweite Schritt also liegt auf der Hand: revolutionäre Gewalt, nicht die der Rechten wird zum Hauptfeind der Reformisten, weil sie die einzige ist, die das kapitalistische Gleichgewicht, dem die Reformisten sich unterworfen haben, wirklich ins Wanken bringen könnte, weil sie die einzige Kraft ist, die die historische Aufgabe und damit den Regierungsauftrag der Reformisten zerstören könnte: zu verhindern, daß die kapitalistischen Widersprüche ihre gewaltsame Zerschlagung durch die Massen hervorrufen. Voigt irrt: unser Hauptgegner ist keineswegs die Sozialdemokratie, unser Hauptgegner sind die Unternehmer. Nur: dort, wo die zuerst gutwilligen und dann zynischen Reformisten als die geschickteren Erfüllungsgehilfen der Unternehmer auftauchen — wie Arndt schon gestern, Voigt heute und andere morgen —, da werden wir sie bekämpfen **müssen**. Das Tribunal war für die revolutionäre Linke Frankfurts sehr lehrreich: sie kennt Voigt, der im Kiel- und Brackwasser der radikalen Studentenbewegung zur politischen Figur geworden ist, schon sehr lange; am 12. März hat sie endgültig den neuen, auf seinen kapitalistischen Kern gebrachten Voigt erlebt, der die menschenfeindliche Sprache der Macht sprach. Das und auch das **spontane und moralische** Entsetzen der Genossinnen und Genossen darüber festzuhalten, ist sicher nicht sinnlos und unpolitisch: wir alle haben erlebt, wie einer, der mal irgendwie zu uns gehörte, durch die Logik seiner Entscheidung jetzt entschieden auf der anderen Seite steht und uns bekämpfen wird. Es ist eine alte Erfahrung aller revolutionärer Bewegungen — die wir zum ersten Mal machen in dem Moment, wo die Klassenfronten sich klären, wo es nicht mehr nur um Protest, sondern um die Organisierung von Widerstand geht: daß die revolutionäre Bewegung sich mit Notwendigkeit durch ihre eigene Entwicklung neue und mächtige Gegner schafft — die deutsche Arbeiterbewegung schuf sich in den Gewerkschaften einen neuen Gegner, die italienische Arbeiterbewegung heute in Gewerkschaften, KPI und „historischem Kompromiß". Eine keimhafte Zwergform davon sind Voigt und seine Konsorten.

Basisarbeit und Institutionsarbeit: Ein unauflösbarer Widerspruch

Nichts wäre freilich unsinniger und scheinradikaler, als den **Karrieristen** und **Überläufer** Voigt mit der **Bewegung** der Jusos gleichzusetzen. Vielmehr ist anhand der Entwicklungsgeschichte und der Strategie der Jusos zu zeigen, daß sie notwendig den schmutzigen Karrierismus der Voigt, Roth und Konsorten produzieren.

Die Jusos, vorher ein unbedeutendes Grüppchen innerhalb der SPD, gewannen 1969 an Bedeutung und Zulauf: als die radikale Studentenbewegung an dem Widerspruch zwischen ihrer Radikalität und ihrer studentischen und hochschulbezogenen Beschränktheit erstickte, da boten die Jusos den **Massen** der Politisierten, denen die radikalen Sekten insgesamt keinen gangbaren Weg zeigen konnten, eine Alternative. Es hatte sich sowohl gezeigt, daß die radikalen Aktionen und Demonstrationen diese Gesellschaft nicht im Sturmangriff verändern konnten, als auch, daß die von den Avantgarden der Bewegung formulierte und z. T. auch praktizierte **existentielle** Radikalität und Gegnerschaft zum System die Masse der Linken in einen nicht auflösbaren Widerspruch zu der Notwendigkeit und ihrem Interesse gebracht hatte, gesellschaftliche Funktionen zu übernehmen. So mußten sie passen. Es ist wichtig, **beides** festzuhalten: daß sie eine radikale Veränderung wirklich wollten und daß der subjektiv radikale Weg ihnen keine Perspektive bieten konnte. Denn dieses widersprüchliche Verhältnis ist die — unausgesprochene — Basis jeglicher Strategie der Jusos: Veränderungen wollen, kämpfen wollen — sich aber gleichzeitig einrichten, sich auf die Legalität verpflichten.

Daher sind alle Strategiediskussionen der Jusos Scheindiskussionen: weil diese Voraussetzungen nicht hinterfragt werden können, weil die Strategie die Aufgabe hat, die subjektive und existentielle Entscheidung, die die Jusos **vorher** getroffen haben, im **nachhinein** politisch zu rechtfertigen, weil es der im Grunde genommen resignative Versuch ist, das Beste aus der verfahrenen Lage zu machen. Während man Leuten wie Voigt und Roth zurecht den moralischen Vorwurf des Verrats machen muß, ist er gegenüber der **Bewegung** der Jusos unsinnig: denn die Bewegung der Jusos repräsentiert einen massenhaften politischen Widerspruch, zu dem man sich auch politisch verhalten muß.

Die Grundzüge der „Strategie" der Jusos wurden auf den Münchener (1969) und Bremer (1971) Bundeskonferenzen und folgenden Arbeitstagungen entwickelt. Ausgangspunkt ist die lapidare Feststellung, daß unter spätkapitalistischen Bedingungen eine Revolution, ein frontaler Angriff auf das System nicht mehr möglich sei: „Denn dem absoluten Reichtum einiger steht nicht mehr die absolute Armut der großen Mehrheit der Bevölkerung gegenüber. Nur eine langfristig angelegte Aufklärungs- und Mobilisierungsstrategie hat die Chance, das System zu transformieren" (aus: Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?, hrsg. von Norbert Gansel, rororo aktuell 380, S. 106; alle weiteren Zitate aus diesem Buch). Da einerseits ein revolutionäres Bewußtsein der Massen weder vorhanden noch entwickelbar ist und da andererseits der entwickelte hochkapitalistische Gewaltapparat mit Notwendigkeit jede revolutionäre Erhebung in Blut ersticken würde, kommt im Interesse der grundlegenden sozialistischen Veränderung dieser Gesellschaft nur der Weg des schrittweisen Vorrückens, des langen Marschs durch alle Institutionen, der „systemsprengenden Reformen" also in Frage: einerseits muß das Bewußtsein der Massen entwickelt und geschärft werden, muß durch Basisarbeit und Basisaktionen das kämpferische Bewußtsein der Massen entwickelt werden — sozusagen als machtpolitisches Faustpfand, mit dem wirklich Druck ausgeübt werden kann; andererseits müssen schrittweise die Machtpositionen der Partei und dieses Staates übernommen werden, weil so allein die potentielle Macht der Massen zur realen werden kann: „Die Institutionen müssen gezwungen werden, nicht länger Erfüllungsgehilfen derjenigen zu sein, die individuell und egoistisch am Kapitalverwertungsprozeß interessiert sind. Die Institutionen müssen den kollektiven Bedürfnissen Rechnung tragen und diese stützen" (105). Trotz aller vorgeblichen marxistischen Analyse ist die „Strategie" von Grund auf unmaterialistisch: zum einen glaubt sie nicht daran, daß die Massen im Kampf um ihre Interessen eine selbständige, die ausschlaggebende Macht entwickeln



Ach, wir hatten viele Herren
Hatten Tiger und Hyänen
Hatten Adler, hatten Schweine
Doch wir nährten den und jenen:
Ob sie besser waren oder schlimmer:
Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer
und uns trat er. Ihr versteht, ich meine
Daß wir keine andern Herren brauchen,
sondern keine!
Bert Brecht

werden — dazu bedarf es des Anstoßes von außen und — wichtiger noch — der institutionellen Stützung und Gängelung derer, die das Laufen nie gelernt haben (man darf es sich freilich auch hier nicht zu einfach machen: vordergründig gibt den Jusos die Niederlagengeschichte der Revolutionen recht; und: was die Jusos hier in verzerrter Form ansprechen, ist das strategisch zentrale Verhältnis von Massen und Avantgarden — ein Problem, dessen revolutionäre Lösung die revolutionäre Linke der BRD heute auch noch nicht einmal im Ansatz weiß). Die zweite Kritik ist noch schwerwiegender: die „Strategie" der Eroberung der Institutionen geht von der Ideologie des möglichen, durch geschickte Taktik herstellbaren Klassenfriedens oder Klassenkompromisses aus. Sie geht davon aus, daß man in die Institutionen und Machtpositionen der kapitalistischen Gesellschaft schlüpfen könne, um dort dann eine Politik zu machen, die den erklärten Zielen dieser Institutionen zuwiderläuft. Sie geht davon aus, daß es einer geschickten sozialistischen Politik gelingen könnte, das Gewaltpotential dieser Gesellschaft zu neutralisieren, den Sektor Gewaltapparat zu isolieren — diese „Strategie" sieht also nicht, daß Gewalt nicht eine spezielle Abteilung dieser Gesellschaft ist, sondern das strukturierende Prinzip, das allein ihr Funktionieren gewährleisten kann. Jahrelang war für die Jusos Chile **das** Beispiel dafür, daß der friedliche Weg in den Sozialismus möglich ist — vor der blutigen Niederlage dieser Revolution stehen sie ratlos; was Voigt auf dem Tribunal zu Chile zu sagen wußte, ist in seiner Dürftigkeit und Halbherzigkeit bezeichnend: der vorläufige Sieg der Konterrevolution in Chile sei weder ein Beweis für noch gegen die Möglichkeit des friedlichen Weges — kein Wort über die Ursachen dieser Niederlage, kein Wort über das Verhältnis von legalem und illegalem und bewaffnetem Kampf. So werden geschichtliche Lehren in den Wind geschlagen, so verhält sich der Realpolitiker Voigt zynisch gegenüber der wichtigsten Lehre Chiles, mit der sich alle ernsthaft auseinandersetzen müssen, die wirklich auf der Seite der Unter-

... die Durchsetzung der Reformstrategie ist doch schwieriger, als ich dachte!

drückten stehen: **daß die Massen die Fehler des Reformismus bezahlen müssen, und zwar mit ihrem Blut.** Wir meinen damit nicht, daß es darauf ankommt, schulmeisterlich den Reformismus der Unidad Popular anzugreifen und die Fehler der revolutionären Organisationen Chiles anzukreiden – es kommt darauf an, aus dem revolutionären Prozeß Chiles und seinem blutigen Ende zu lernen. **Wer heute vom Kampf gegen den Kapitalismus redet, der darf von Chile nicht schweigen!**

Das Grundkonzept der Juso-Politik ist die „Doppelstrategie". Basisarbeit **und** Institutionenarbeit, beides als unauflösliche und organische Einheit gedacht, der Erfolg des einen hat den Erfolg des anderen zur Voraussetzung und Konsequenz. Die Realität war anders und mußte auch anders sein: auf der einen Seite entwickelten sich die verschiedenen Basisaktivitäten der Jusos – oft gute Ansätze, die freilich immer dann ins Wanken kamen, wenn sie den Käfig der strikten Legalität verlassen wollten, wozu die Basis der Jusos oft durchaus bereit war. Auf der anderen Seite und getrennt davon entwickelte sich die Institutionenarbeit: sie war so gut wie nie die institutionelle Absicherung außerparlamentarischer Aktivitäten, sondern immer nur individueller Aufstieg, Verrat, Überwechseln ins andere Lager. Hat die Klammer zwischen Basis- und Institutionenarbeit nie wirklich existiert – heute werden die Jusos gewaltsam darauf gestoßen, wie sehr ihre „Strategie" Fiktion war: in dem Maße, in dem die herrschende SPD sich als Reform- und Ordnungspartei profilieren muß und gleichzeitig politisch an Boden verliert (die letzten Wahlen!), muß sie seine linken Spielräume abbauen, beschleunigt sie den Entscheidungsprozeß der Jusos: während ihre gewandten Wortführer einer nach dem andern überlaufen, wird die verstörte Basis in die Isolation gedrängt.

Die Jusos sind nicht unsere Feinde, sondern unsere möglichen Verbündeten!

Den linksradikalen Sektierern ist dieser Prozeß nur recht: „Entlarvt" sich doch die Sozialdemokratie als Repressionspartei, werden doch „reformistische Illusionen" zerstört, bleibt doch – so meinen sie – nur noch die revolutionäre Alternative. Wir halten diese Politik für unverantwortlich und gefährlich; denn neben der revolutionären Alternative gibt es noch eine andere: die der Zerschlagung und Isolation der revolutionären Linken, der Spaltung, der Resignation der Massen.

Wir dürfen nie vergessen: die Jusos sind aus **der gleichen** Bewegung wie wir entstanden, aus den gleichen Widersprüchen. Das ist nicht moralisch oder wehmütige Erinnerung, sondern heißt: die Jusos repräsentieren gesellschaftliche Widersprüche – wir können nur daran interessiert sein, daß diese Widersprüche, so wie sie sich bei den Jusos organisiert haben, erhalten bleiben und verschärft werden. Denn so sehr die Jusos vielleicht als **Organisation** auf die Gleichgültigkeit und Ablehnung der Massen stoßen, so sehr sind sie als **Bewegung** und in ihren **Inhalten** konsequenter Ausdruck der Bewegung, die den Reformismus an die Macht gebracht hat, deren Ausgangspunkt aber die immer klarere und praktischere Kritik der Massen am Kapitalismus ist.

Wir können uns keine revolutionären Sandkastenspielchen leisten, in denen die revolutionäre Alternative aus dem Niemandsland durch die subjektive Entschlossenheit der Avantgarden hervorgezaubert wird: das war und ist die Arroganz von RAF, vielen revolutionären Parteien und auch des selbstherrlichen Spontaneismus. Revolutionäre Arbeit hat die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft zur notwendigen Voraussetzung: diese Widersprüche gebären nicht die revolutionäre Partei und Avantgarde, sondern Unzufriedenheit, Widerstand und Kämpfe. Ziel der Revolutionäre kann es nicht sein, dem den formalen revolutionären Hut aufzusetzen, sondern muß es sein, möglichst viele Schichten, Gruppen, Organisationen in diese Auseinandersetzung und ihre Verschärfung hineinzuziehen.

Alle sozialrevolutionären Bewegungen zeigen: immer waren die Avantgarden in der Minderheit. Oft waren sie die vorantreibende und entscheidene Kraft – darin liegt ihre Notwendigkeit und Aufgabe: nicht nur mitmachen, in der Bewegung mitschwimmen, sondern die Frage der Perspektive stellen und in die Bewegung hineintragen. Diese entscheidende Kraft aber – und das unterscheidet unseren Avantgarde-Begriff von dem der Parteien, für die Avantgarde extern, aufgestülpt, vorher beschlossen, durch den Prozeß der Bewegung nicht mehr veränderbar ist – diese entscheidene Kraft also können Avantgarden aber nur werden dank ihrer Fähigkeit und Kraft, möglichst weit, auf möglichst viele Gruppen und auch Organisationen Einfluß zu nehmen, sie solange wie möglich zur Parteinahme für sie zu zwingen. Das ist für uns eine entscheidende Lehre aus dem Beispiel Chile (erst auf dieser Grundlage kann man über die chilenischen Fehler sich klarwerden): die Stärke des dreijährigen revolutionären Prozesses in Chile lag gerade darin, daß die revolutionären Organisationen in der Lage waren, das Problem des revolutionären Kampfs und des Umsturzes in ihren Aktionen und ihrer Agitation so mächtig auf die Tagesordnung zu setzen, daß die gesamte Gesellschaft in diesen Prozeß hineingezogen wurde, daß jeder existentiell vor die Entscheidung gestellt wurde: dafür oder dagegen?

Keineswegs können wir heute sagen, daß wir das wirklich begriffen, daß unsere Arbeit danach ausgerichtet wäre. Der Frankfurter Häuserkampf, der die Möglichkeit sozialrevolutionärer Bewegungen in der Bundesrepublik bewiesen hat, hat uns auf dieses Problem gestoßen. In einem abenteuerlichen Hin und Her ist es uns gelungen, die **praktische** oder besser **faktische** Avantgarde dieser Bewegung zu werden – ohne daß wir **bewußt** als Avantgarde gehandelt und uns organisiert haben. Hier hat die Kritik der KPD an uns Berechtigung: es ist ein politischer Fehler, als Avantgarde zu handeln, ohne es sein zu wollen; es ist falsch, sich hinter der Spontaneität und Autonomie der Massen zu verstecken. Von der KPD unterscheidet uns, daß wir von der Möglichkeit und Notwendigkeit sozialrevolutionärer Bewegungen ausgehen, daß wir die wirkliche Autonomie der Massen wollen, die in der Stunde der Aktion über die Pläne ihrer Avantgarden mit Sicherheit weit hinauswachsen werden. Aber: **Autonomie ergibt sich nicht, Autonomie muß in der politischen Auseinandersetzung zwischen Avantgarden und Massen durchgesetzt werden.** (Der Ford-Streik vom letzten Jahr ist ein deutliches Beispiel dafür, daß die Autonomie der Massen keine eherne Eigengesetzlichkeit hat, sondern von Avantgarden geprägt oder auch – wie in diesem Fall – verfälscht wird.) Das heißt für uns in Frankfurt: Wir dürfen in Zukunft nicht mehr problemlos von den objektiven Konflikten (z. B. jetzt Fahrpreiserhöhung) und ihren Mobilisierungsmöglichkeiten ausgehen, wir müssen uns die Frage unserer eigenen Perspektive als Organisation, die Frage der Organisierung, der Avantgarde stellen. Klar ist uns das schon lange – nur: begierig haben wir nach jeder Möglichkeit von Massenmobilisierung und Massenaktion gegriffen, um diesem Problem zu entgehen. Die Stärke und Entschlossenheit, die das Tribunal prägte, war richtig und schön – aber sie war auch scheinhaft: sie täuschte in ihrem Betonen der Gemeinsamkeit, der gemeinsamen Linie, die – unerwartet – alle immer wieder vereint, über das Problem hinweg, daß uns eine Perspektive fehlt, daß die Autonomie des Häuserkampfs in sich selbst kreist. Wir müssen lernen, Fragen nicht nur zu stellen, sondern sie auch zu beantworten und aus den Antworten revolutionäre Praxis zu machen.

RK

el socialismo
no es una fabrica
no es un fundo
no es algunos
trabajadores

el socialismo es
todas las fabricas
todos los fundos
es toda la clase
trabajadora



der sozialismus
ist nicht nur eine fabrik
ein landgut
ist nicht: einzelne
arbeiter

der sozialismus ist:
alle fabriken
alle landgüter
: die gesamte arbeiterklasse

Genossinnen und Genossen, die Schulden der „Wir Wollen Alles" sind riesig. So groß, daß wir in der nächsten Zeit z. B. nur dünne Nummern (ca. 14 –16 Seiten) machen können, damit das Finanzloch nicht noch größer wird.

Also: Spendet auf das WWA-Konto!

Postscheckamt Nürnberg
Nr. 46 84 – 852

Wir werden uns noch anderes überlegen, die Finanzlage der WWA zu verbessern.



Der Beitrag von Karsten Voigt auf dem Tribunal vom 12. März 1974:

Die Sprache der MACHT!

Ich habe mir vorgenommen, in meinem Beitrag für die Diskussion diejenigen Punkte herauszustellen, und zwar in Fragen, die am umstrittensten sein dürften, weil ich meine, daß es überhaupt keinen Sinn hat und nicht Aufgabe der Diskussion sein kann, der Stimmung, die hier im Saal herrscht, nach dem Mund zu reden, ebenso wie für die meisten hier im Saal die Voraussetzung meiner Argumentation, Konflikte im Zusammenhang mit der Räumung des Hauses Bockenheimer Landstr. ohne eine profitorientierte Boden- und Wohnordnung und ohne der vom Kapital bestimmten Gesetze innewohnenden strukturellen Gewalt nicht erklärbar ist. Diese Erkenntnis setze ich voraus und ich meine, daß hiervon ausgehend zwei Fragenkomplexe besonders diskutiert werden sollten.

1. Wie können gefährliche Entwicklungstendenzen in der Polizei gehemmt werden, wie können für eine sozialistische Strategie gefährliche Momente der Konflikteskalation der letzten Wochen vermieden werden.

2. Welche Konsequenzen ergeben sich aus den Entwicklungstendenzen der Polizei bei Demonstrantengruppen für eine sozialistische Reformpolitik, die ich unter den Bedingungen der Bundesrepublik für die einzig realistische Perspektive halte. Ich werde dazu in acht Thesen Stellung nehmen.

1. Die Information zum heutigen Abend hat meiner Meinung nach deutlich gemacht, daß Übergriffe von Polizisten auf Demonstranten stattgefunden haben.

2. Diese öffentliche Veranstaltung hat den Zweck erfüllt, die Auffassungen und Informationen über solche Übergriffe von Betroffenen an die Öffentlichkeit zu tragen mit dem Ziel, daß sie untersucht werden und Rechtsverletzungen von Polizisten strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

3. Im Rahmen meiner sozialistischen Reformstrategie ergibt sich auf der Basis meiner Argumentation, von der aus ich Rechtsverletzungen von Polizisten aufgedeckt und strafrechtlich verfolgt sehen möchte, als Konsequenz, daß ich die Verfolgung aller Rechtsverletzungen während der Auseinandersetzung, d. h. auch die Verfolgung von Rechtsverletzungen von Demonstranten, für unausweichlich halte. (Dadurch, daß ihr schreit „Aufhören, aufhören", kriegt ihr diese Strategie nicht aus der Welt. Ihr müßt euch doch mit ihr auseinandersetzen.)

Die Haltung vertrete ich nicht aus Rechtsopportun- hm, Rechtspositivismus, sondern weil ich es als logische Folgerung für nötig halte, daß Gesetzesübertretungen nicht Bestandteil der Politik der SPD sein kann, wenn die Reformstrategie erfolgreich sein soll. Dies sage auch ich, obwohl ich weiß, daß in der Vergangenheit und in der Gegenwart, das zeigt sich ganz offensichtlich in der Frage des § 218, Regelverletzungen und demonstrative Gesetzesübertretungen wichtige Anstöße für eine sozialistische Reformstrategie gegeben haben.

Los Errores Reformistas Los Paga el Pueblo

Die Fehler des Reformismus muss das Volk bezahlen

4. Über die Diskussion von Übergriffen hinaus muß versucht werden, gefährliche Entwicklungstendenzen in der Polizei zu beeinflussen. Dazu ist ein verstärkter Einfluß einer demokratischen politischen Führung auf die Polizei innerhalb der Ausbildung und Ausstattung der Polizei erforderlich. Hierzu ist erforderlich, daß man gegenläufige Entwicklungstendenzen in der politischen Führung in Land und Bund entgegenwirkt und zurückdrängt. Hierzu ist erforderlich, daß man sich ebenfalls offensiv mit denjenigen Aktionen und Strategien von außerparlamentarischen Gruppen, die dieser Entwicklung nach rechts Vorschub leisten, auseinandersetzt.

5. Eine Feindbildfixierung auf seiten der Polizisten steht in einem unmittelbaren Wechselverhältnis zur Feindbildfixierung auf seiten der Demonstranten. Sosehr diese Feindbildfixierung von Einzelnen oder von Gruppen einen realen Kern haben mögen, so sehr ist diese Feindbildfixierung gefährlich, ja geradezu feindlich im Verhältnis zu einer rationalen sozialistischen Strategie. Dazu gehört auch der Begriff des Bullen.

6. Aus diesem Grund ist es erforderlich, daß auch gerade mit Polizisten über diese Entwicklung innerhalb der Polizei und auch über die Einschätzung von linken Strategien diskutiert wird. Eine derartige Diskussion wird bestehende Konflikte nicht beseitigen können, aber wohl eine Rechtsentwicklung auf seiten der Polizei und eine zunehmende Irrationalität von Teilen der Demonstranten hemmen können.

In diesem Zusammenhang, wie merkwürdig dies für eine große Gruppe hier im Saal scheinen mag, appelliere ich an diejenigen Polizisten, die solche Rechtsübergriffe gesehen haben, sie nicht aus falsch verstandener Kameraderie zu decken, sondern sie im Sinne der Verfassungsordnung offenzulegen.

Anfang der siebziger Jahre hat sich z. T. ein fahrlässiger Wortgebrauch und auch zunehmend eine gefährliche Strategie als Voraussetzung für ihre Wirkung reaktionärer Gewaltanwendung von Demonstrantengruppen entwickelt. Diese Provokation staatlicher Gewaltanwendung kann unter den Bedingungen der BRD mit dem ausgebauten Potential staatlicher Gewalt, Polizei, Bundesgrenzschutz und letztlich aus Bundeswehr- und US-Truppen, in letzter Konsequenz nur zur Zerschlagung der ohnmächtigen linken Gruppen und zur Etablierung von reaktionärer rechter Gewalt führen.

8. In dem Augenblick, wo außerparlamentarische Gruppen die Sozialdemokratie genauso oder stärker als Kapitalistengruppen oder als die CDU/CSU bzw. FDP angreifen, wie uns das heute exemplarisch von Vertretern des Häuserrates vorgetragen wurde, führt es in der Argumentation zu einer Ähnlichkeit zwischen außerparlamentarischen Gruppen und rechtskonservativen Gruppen. Sie führt auch in der Wirkung zu ähnlichen Ergebnissen insofern, als sozialistische Reformkräfte geschwächt werden. Die Linke in der SPD wird deshalb, wie die SPD insgesamt, solange diese Gruppen diese Theorie, dieses Praxis und diese Aktionsformen haben, ihr Verhalten zu den außerparlamentarischen Gruppen, wie ich es anstrebe, nicht als eine Ergänzung zwischen außerparlamentarischen Aktionen und sozialistischer Reformstrategie begreifen können, sondern solange diese Strategie besteht, als ein gegenwärtig gegnerisches Verhältnis zwischen beiden bestimmen müssen. Dies ist meine Einschätzung. Ich sage das bewußt, weil ich es für verkehrt halte, uns hier gegenseitig Sand in die Augen zu streuen, sondern wir müssen unsere Positionen klarlegen.

Nach diesem Beitrag äußerte sich Voigt nochmals in der Diskussion; hier drei markante Stellen:

- *Ganz klar, ohne Skrupel und glatt geht ihm über die Lippen:* auch der Polizeipräsident Karsten Voigt würde sich nicht anders verhalten als der Polizeipräsident Knut Müller – beide wären sie gebunden an die „Exekution kapitalistischer Rahmenbedingungen"!

- Der Militärputsch in Chile sei weder ein Beispiel **für** die Möglichkeit des friedlichen Weges zum Sozialismus noch ein Beispiel **gegen** diese Möglichkeit. *Mit anderen Worten: aus der blutigen Tragödie Chiles folgt für Voigt* **nichts!** *Wer solchen zynischen Dreck sagt, der kann sich die Solidaritätsphrasen sparen: er ist der reformistische Berufspolitiker, dem es egal ist, daß in Chile zehntausende die Fehler des Reformismus mit ihrem Leben bezahlen mußten.*

- *Auf die Erfolgsaussichten seiner „Strategie" angesprochen:* wahrscheinlich weniger als 50 % – die der Revolutionäre aber noch weniger. *So geht der Reformist nicht von der* **Notwendigkeit** *des Sieges aus, er streckt die Waffen, wurschtelt im Apparat: es geht ihm nicht um die Interessen der Massen, sondern um seine Karriere. Wenn sich auch nichts ändert – es bleiben ja noch Posten und Karriere!*

CASA, CONCIENCIA Y FUSIL
MIR



FOLTER: Offener Brief

An den
Justizminister von
Nordrhein-Westfalen
Herrn
Diether Posser
Düsseldorf

In diesen Wochen fanden und finden Demonstrationen statt, die sich gegen die Isolationsfolter richten, der politische Gefangene in der BRD unterworfen werden; so eine Protestaktion von Ärzten und Psychologen am 9. 3. 74 vor der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf und eine unbefristete Demonstration der „Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD".

Seit dem 5. Febr. 74 sind Ulrike Meinhof (zum 3. Mal) und Gudrun Ensslin in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf im „Toten Trakt" Haftbedingungen unterworfen, die schwerlich anders als mit dem Begriff der Isolationsfolter zu bezeichnen sind.

Was ist unter dem Begriff der Isolationsfolter zu verstehen? Politische Gefangene – um solche geht es ausschließlich – werden in deutschen Gefängnissen verschärfter Einzelhaft unterworfen, die für sie bedeutet, daß jeder soziale Kontakt nach draußen (außer Rechtsanwalts- und Verwandtenbesuche) und vor allem im Inneren der Anstalt unterbunden wird.

Im ‚Toten Trakt', in dem die beiden o. g. Gefangenen untergebracht sind, werden solche sozialen Isolationsmaßnahmen durch die Reduzierung **aller** Umweltreize, insbesondere der akustischen und visuellen, verschärft. Der holländische Psychiater Sjef Teuns schreibt dazu: „Die Herstellung und Aufrechterhaltung einer künstlichen Umgebung, die sich einerseits durch ihre Konstanz und Unveränderlichkeit und andererseits durch willkürlich dosierte Reize – auch im Schlaf – auszeichnet, legt im Laufe der Zeit die Sinnesorgane lahm und führt zu einer Desintegration und extremen Desorientierung des so isolierten Individuums." Akustische und visuelle Isolationsbedingungen führen bei den Individuen zu **sensorischer Deprivation**, einer drastischen Einschränkung der sinnlichen Wahrnehmung, des Sensoriums, „Isolation von der Umwelt durch Aushungerung der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tastorgane." (Teuns)

Die Beschaffenheit der Zellen des „Toten Trakts" stellt für die in ihnen gefangen Gehaltenen weitgehende Isolation mit daraus folgender sensorischer Deprivation dar. Akustische und visuelle Umweltreize sind auf ein Minimum reduziert.

Sie als Justizminister von Nordrhein-Westfalen, der diese Sonderbehandlung der politischen Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf zu verantworten hat, haben in einer öffentlichen Stellungnahme (Frankfurter Rundschau, 15. 3. 74) versucht, die gegenwärtigen Haftbedingungen von Frau Meinhof und Frau Ensslin zu beschönigen und zu rechtfertigen. Ihre Aufzählung der Anzahl von Besuchen, der zur Verfügung stehenden Zeitungen und Bücher, der Hinweis auf die Rundfunkanlage, neuerdings die Möglichkeit der 2 Gefangenen, die „Freistunden" miteinander zu verbringen (als partielle Erleichterungen ausgegeben, die aber gerade auch die entgegengesetzten Wirkungen erzeugen können), täuschen darüber hinweg, daß bisher alle politischen Gefangenen, die für einige Zeit im „Toten Trakt" untergebracht waren, die charakteristischen Symptome der sensorischen Deprivation zeigten. Das bestätigen sowohl **ärztliche Untersuchungen** als auch Mitteilungen der politischen Gefangenen selbst, so die folgende: „Man kann die Bedeutung von Worten nicht mehr identifizieren, nur noch raten... Wärter, Besuch, Hof erscheint einem wie aus Zelluloid – Kopfschmerzen – ... Rasende Aggressivität, für die es kein Ventil gibt. Das ist das Schlimmste. Klares Bewußtsein, daß man keine Überlebenschance hat; völliges Scheitern, das zu vermitteln; Besuche hinterlassen nichts. Eine halbe Stunde danach kann man nur noch mechanisch rekonstruieren, ob der Besuch heute oder vorige Woche war."

Die Isolationsfolter bewirkt die Zerstörung der Identität der Gefangenen.

Sie sagen: „Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, daß die Gefangenen sicher verwahrt werden."

Wir sagen: Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, daß die politischen Gefangenen gerecht behandelt werden, daß in der BRD Art. 3 der Menschenrechtskonvention „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden" auf das allerstrengste eingehalten wird.

Daher fordern die Unterzeichner dieses Briefes:

1. Sofortige Verlegung von Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin aus dem Toten Trakt
2. Abschaffung des Toten Trakts in Köln-Ossendorf
3. Aufhebung der Isolationsfolter
4. Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen

Der Brief wurde bisher von verschiedenen Gruppen + Kollektiven und von ca. 100 'Persönlichkeiten' unterschrieben. GENOSSEN, SORGT DAFÜR, DASS ES MEHR WERDEN!

Revolutionäre Betriebsarbeit

Die folgenden zwei Texte sind Diskussionspapiere, die im Opel-Betriebskollektiv des RK entstanden sind. Wir veröffentlichen diese Papiere, die dasgleiche Thema behandeln, um einen Diskussionsprozeß, der im RK über seine Betriebsarbeit eingesetzt hat, wiederzugeben – gerade auch in der unfertigen und z. T. widersprüchlichen Form der zwei Papiere. Denn immer häufiger haben in der letzten Zeit Genossinnen und Genossen aus Frankfurt und mehr noch aus anderen Städten an den Artikeln des RK in der „Wir Wollen Alles" kritisiert, daß diese abgeschlossene, abgerundete Positionen darstellen, daß in ihnen weder der Diskussionsprozeß, der ihnen zugrunde liegt, noch die praktischen Erfahrungen, auf denen sie fußen, irgendwie noch sichtbar werden. Die Artikel des RK seien so, daß man dazu nur sagen kann: „Ja, so ist's" oder „Nein, so ist's nicht" oder einfach „Na und?" Mit anderen Woten: man kann über die Artikel nicht diskutieren, sie in der eigenen Arbeit nur schlecht oder gar nicht gebrauchen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt des RK war immer die Arbeit bei Opel in Rüsselsheim gewesen. Es gab eine politische, schriftlich fixierte Begründung dieses linksradikalen Betriebsansatzes, und es gab einen dreijährigen Prozeß praktischer Arbeit, der zur – impliziten, nie ausgesprochenen – Korektur und Veränderung unserer Ausgangsposition führte – und es gab den großen Krach im letzten Sommer, als bei Opel/Bochum gestreikt wurde und der RK so am Boden war, daß er auf diese Situation politisch und praktisch nicht reagieren konnte. Seit diesem Zeitpunkt begann die Diskussion in der Gruppe, ein Diskussionsprozeß über dieses Elend und über einen neuen Ansatz. Dieser Diskussionsprozeß war und ist lang und schwierig, erst jetzt kommen wir zu den ersten Schlußfolgerungen und praktischen Konsequenzen. Wir fangen an, unsere Arbeit nicht mehr in einem geschichtslosen Raum zu begreifen, wir versuchen, aus der Streikbewegung des letzten Jahres und der gesamten politischen Situation, die sie geschafffen hat, zu lernen, wir versuchen, einen linksradikalen Betriebsansatz politisch und historisch zu begründen und praktisch durchzusetzen. Dieser Prozeß einer strategischen Diskussion (die nicht nur für den Betrieb Bedeutung hat) steht erst am Anfang. Wir wollen in Zukunft diese Diskussion, unsere eigenen Erfahrungen bei Opel, von denen wir ausgehen, und die Erfahrungen anderer Gruppen in der „Wir Wollen Alles" ausführlich dokumentieren. Wir glauben, daß das einerseits die Möglichkeit verschafft, unsere Positionen und Vorstellungen, die von anderen abgelehnt werden, klarzumachen, und andererseits anderen Gruppen und Genossen es möglich macht, sich mit unserer Position auseinanderzusetzen und sie zu kritisieren. Diesen wechselseitigen Diskussionsprozeß um eine Strategie halten wir nicht für verfrüht, sondern notwendig – deswegen wollen wir, daß andere Gruppen ihre Kritik an RK und WWA, von der man nicht mehr weiß, als daß es sie zahlreich gibt, formulieren und veröffentlichen.

Dieser Diskussionsprozeß wird auch Veränderungen in Inhalt und Aufbau der „Wir Wollen Alles" zur Folge haben müssen. Wir werden darüber auf der nächsten Redaktionssitzung diskutieren und die Ergebnisse der Diskussion in der nächsten „Wir Wollen Alles" veröffentlichen.

RK

I. Autonomie ergibt sich nicht, Autonomie muß durchgesetzt werden – von Avantgarden!

Vor einiger Zeit haben wir angefangen, uns Gedanken zu machen über die Möglichkeiten und den politischen Sinn gewerkschaftsoppositioneller Arbeit im Betrieb. Nicht das Bochumer Beispiel („Gruppe oppositioneller Gewerkschafter" bei Opel/Bochum) allein brachte uns dazu, sondern die Realität der Arbeitskämpfe des letzten Jahres legte uns das nahe: organisatorisches Medium der Mehrzahl der Streiks waren nicht linksradikale Grüppchen, sondern eben gewerkschaftsoppositionelle Gruppen der verschiedensten Schattierungen. Das stellte unsere Arbeit bei Opel/Rüsselsheim, die auch innerhalb der Gruppe immer mehr an Boden verlor, ernsthaft in Frage. Scheinbar bot sich eine einfache und naheliegende Lösung des Problems an, an die das Weiterbestehen unserer Arbeit bei Opel geknüpft war und ist, an: wir werfen unsere ganze Kraft darauf, das Entstehen einer gewerkschaftsoppositionellen Initiative in Rüsselsheim zu unterstützen, zumal die objektiven Bedingungen dafür heute ungleich günstiger sind als noch vor ein, zwei Jahren; die RK-Betriebsgruppe und -arbeit geht in der gewerkschaftsoppositionellen Arbeit auf – wenn sich dieser Ansatz stabilisiert hat, kann man sehen, wie und obs mit einer **revolutionären** Perspektive weitergehen soll. Diese mögliche Konsequenz scheint einen Lernprozeß der Gruppe auszudrücken: weg von der den deutschen Betieben externen und aufgepfropften Linksradikalität, die von Italien und ihren eigenen Bewegungsgesetzen lebt – hin zu realistischer, machbarer Arbeit, die sich allerorten zumindest als ein Motor der betrieblichen Radikalisierung erwiesen hat. Und noch was scheint dafür zu sprechen: die Masse der in der Bundesrepublik verstreuten geläuterten Linksradikalen, die mit der Arroganz ihrer jeweiligen ehemaligen Partei gebrochen haben, und die sich heute nur noch einem verpflichtet fühlen: dem Konkreten, der Basis und die uns selbstsicher grinsend zurufen: seht ihr, wir haben es immer gesagt, das mit dem linksradikalen und größenwahnsinnigen Trip, das haut nicht hin, ihr werdets auch noch mal begreifen, daß ihr mit eurem **antigewerkschaftlichem Kurs** auf den falschen Dampfer setzt: kleine Brötchen kontinuierlich backen, das müßt ihr lernen, Wühlmäuse müßt ihr werden! Diese Argumentation hat auch unter uns ihre Basis – bietet sie doch einen gangbaren Ausweg aus unserem linksradikalen Sumpf.

Ich meine, daß man aus der Geschichte unserer Arbeit bei Opel, aus den Arbeiterkämpfen des letzten Jahres und aus unserer faktischen, aber uns selbst nicht wirklich bewußten Avantgarderolle im Häuserkampf eine andere Konsequenz ziehen muß.

Sicher waren seit 1969 oder genauer seit der Rezession 66/67 gewerkschaftsoppositionelle innergewerkschaftliche Gruppierungen **eine** treibende Kraft in der Verschärfung der Klassenauseinandersetzung in den Betrieben: sie haben dort aufgeklärt, BR und VLK mit Linken besetzt und dort – zumindest zeitweise – eine andere Poitik als die alten Fürsten gemacht, sie haben in den Betrieben geheime politische Kommunikationsstrukturen geschaffen, haben Streiks vorbereitet und auch welche – mal mehr, mal weniger radikal – geführt. Seit dem Hoesch-Streik des letzten Jahres hat diese Tatsache Einklang in unsere Köpfe gefunden – und das zwingt uns, **darin** hat die vorhin skizzierte Position recht, diese Erkenntnis in eine konsequente Veränderung unserer Betriebspolitik umzusetzen, in eine Veränderung, die auch durch die Analyse unserer **eigenen** Arbeit bei Opel nahegelegt würde: durch die Widersprüche, die der herrschende Reformismus produziert, und **zugleich** durch die politischen Inhalte, Vorstellungen und auch Illusionen geprägt entsteht heute immer deutlicher eine wachsende Arbeiteropposition in der Bundesrepublik. Motor dieser Entwicklung sind die kapitalistischen und reformistischen Widersprüche, führende Akteure dieser Entwicklung auf seiten der Arbeiter sind Arbeiterkerne, die sich gewerkschaftsoppositionell organisieren. Sie sind zwar weithin die faktische Aktionsavantgarde dieser Bewegung, nicht aber ihre wirkliche und politische Avantgarde: dazu sind sie selber noch viel zu weit in die Widersprüche und Illusionen des Reformismus verstrickt, aus dem sie selber – und seis auch in der Form der alten KPD oder DKP – kommen. Politisch heißt das: sie formulieren zwar den Anspruch der Veränderung und auch des Kampfs, sie tun das aber nicht in einer revolutionären Perspektive: reformistische Regierungs- und Gewerkschaftspolitik ist deswegen ihr Gegner, weil er unter der Hand und gegen den eigentlichen Wunsch dieser Avantgarden in Widerspruch zu den Interessen und Bedürfnissen geraten ist, die er selber mitformuliert und propagiert hat (er hat – kurz gesagt – bessere Lebensqualität gefordert und schlechtere geschaffen). Hier liegen die vorläufigen Grenzen und Zerstzungsmöglichkeiten dieser Avantgarden: daß es dem herrschenden Reformismus **möglich** seine kann – sei's durch unmittelbare Korrumpierung einzelner, sei's durch partielle Zugeständnisse an die Massen oder seis auch durch den Knüppel –, diese Bewegung an ihrer gradlinigen Weiterentwicklung zu hemmen, sie zu spalten usw. Das heißt: aus sich heraus, aus ihrer eigenen Logik und Dynamik heraus ist die Bewegung dieser Avantgarden kein Garant für die weitere Verschärfung der Arbeitskämpfe. Das ist also das eine, was festzustellen uns sicher nicht schwer fällt.

Das andere aber: diese Bewegung hat – nicht für die Masse der Arbeiter, wohl aber für relevante und auch zahlenmäßig nicht unbeträchtliche Teile der Arbeiter – eine Aktions- und **Mitarbeits**perspektive eröffnet. Radikale und autonome Organisationsformen der Arbeiter können nur das Produkt von radikalen Kämpfen sein – das beweist Fiat so gut wie Hella; was davor liegt, das ist die zähe und langwierige Arbeit von betrieblichen und überbetrieblichen Gruppen, die immer mehr Gefahr laufen, an verschiedenen Klippen zu zerschellen: an ihren inneren Widersprüchen, die in ihrer politischen Heterogenität begründet sind; an ihren inneren Widersprüchen, die in ihrem ambivalenten Verhältnis zum Reformismus begründet sind; an den gewerkschaftlichen Karrieremöglichkeiten, die der Reformismus bereithält; und nicht zuletzt an der Konterarbeit der betrieblichen Spionage und Polizei. Weil wir nicht tatenlos auf den großen Knall warten wollen, der die autonome Organisation gebiert, weil wir also ein Interesse daran haben, daß es dem Reformismus weder mit Integrations- und Knüppelpolitik gelingt, diese reformistischen Ansätze zu zerschlagen, weil wir ein Interesse daran haben, daß der linke betriebliche Reformismus, der eine Ausgangsbasis der kommenden härteren Auseinandersetzungen sein wird, gestärkt und **radikalisiert** wird – deswegen müssen wir diese Ansätze mit aller Kraft unterstützen: nicht indem wir in ihnen „aufgehen" (das wäre unser altes Versteckspiel hinter den Massen. Wir sind keine Gewerkschaftsoppositionellen, sondern wollen Revolutionäre sein), sondern indem wir – in kritischer und solidarischer Distanz und gleichzeitig in ihnen auf ihrem äußersten linken Rand – versuchen, die Auseinandersetzungen, in denen sie stehen, zu radikalisieren und auch politisch zu klären. Das wird das Neue für uns sein; zu lernen, diese Arbeiterorgane, die keine revolutionären sind, als eine heute mögliche Organisationsform der Arbeiter (die das Ge-



und Gewerkschaftsopposition

waltkommando des Kapitals bis zum Tage der Revolution viel existenzieller bedrohen wird als uns) solidarisch zu akzeptieren. An diesem Punkt werden wir auch unsere anti-institutionelle (nicht aber unsere anti-gewerkschaftliche!!) Linie ändern müsen; der revolutionäte Kampf wird nicht — nach dem Bilde unserer ideologisierten Vorstellungen des französichen Mai 68 — spontane Eruption der Massen, die das Richtige, Egalitäre wollen und sich im Kampf ihre Organisationsformen schaffen, sein; er bedarf der langwierigen Vorbereitung und er darf sich vor allem nicht mehr nur die Frage der Radikalisierung, sondern muß auch die Frage der Absicherung, der Organisierung von möglichst weit gefaßter **Gegenmacht** sein: gewerkschaftsoppositionelle Gruppen — die in der revolutionären Perspektive nur noch ein taktisches Verhältnis (kein RGO-Verhältnis!) zur Gewerkschaft als im Kapitalismus gegen die Arbeiter organisierter Arbeitermacht und keinesfalls Gegenmacht haben — sind ein Instrument dieses Kampfes. Wie wichtig es für den siegreichen Kampf ist, möglichst viele und möglichst weitgreifende Instrumente dieser Art zu entwickeln, das beweist deutlich die Entwicklung der chilenischen Revolution.

Die Entwicklung der Arbeiterkämpfe des letzten Jahres zeigt nicht (wie linksradikale und arrogante Sekten vermuten) den Untergang der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung und damit der „reformistischen Illusionen", sondern zeigt die Schwierigkeiten, in die die gewerkschaftsoppositionelle Bewegung geraten ist. Denn sie bewegt sich nicht im luftleeren Raum ihrer eigenen Radikalisierung und ihrer Fortschritte, sondern wird zunehmend damit konfrontiert, daß ihre politische und ideologische Ausgangsbasis, der Reformismus (der von einer gesellschaftlichen Kraft zur Regierungsmacht geworden ist) ihr deutlicher Gegner wird: der gewalttätige Gegner der Arbeiterinteressen. Hier stockt die Bewegung, denn hier wäre sie aufgefordert, ihre vorläufigen Grenzen, die auch von Legalismus und Pazifismus geprägt sind, zu überschreiten. Was bisher noch als zwangsweise Entwicklung der Autonomisierung der Arbeiterkämpfe zu verstehen gewesen wäre — hier ist jetzt die Verwirrung Möglichkeit geworden: Spaltung, Niederschlagung, Weiterentwicklung des Kampfes — das sind jetzt **verschiedene** Möglichkeiten in der die Linksradikalen und Revolutionäre — die sich ja die Frage der Gewalt schon sehr praktisch gestellt haben — nicht mehr länger nur kommentierend und mitmischend im Kielwasser der Arbeiterbewegung schwimmen dürfen, wo die Bewegung ihnen **politische Aufgaben** stellt: nicht sich knüppelschwingend an die Spitze der Bewegung zu stellen, sondern auf radikale Alternativen hinzuarbeiten, sie vorzubereiten. Und das heißt allerdings nun keineswegs Aufgaben unserer linksradikalen Linie, unserer antigewerkschaftlichen Linie, sondern deren konsequente und für den Betrieb zum ersten Mal **praktische** Fortführung. Autonomie und Radikalisierung der Massen ergeben sich nicht (das war unsere unausgesprochene Ideologie), sie müssen durchgesetzt werden. Der Kölner Ford-Streik des letzten Jahres war ein deutliches Beispiel dafür: sicher hat das gewerkschaftsoppositionelle Organ von Ford, die Gruppe „Kölner Ford-Arbeiter" wesentlich und entscheidend zur Vorbereitung des Streiks beigetragen, sie war also **notwendige** Vorraussetzung des Streiks. Der Verlauf des Streiks aber stellte ihr wie allen Avantgarden des Streiks neue Aufgaben, die sie nicht vorbereitet war. Der „Arbeiterkampf" (eine der Avantgarden) trat in den Hintergrund, ging im Streik auf. Eine andere Avantgarde, die KPD, nutzte die Chance und brachte ihre Linie im Streik wirklich zum Tragen: selbständige Streikführung, Radikalisierung um jeden Preis — auch um den Preis der Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern. Es geht hier nicht darum, den „Arbeiterkampf" nachträglich zu kritisieren, keine Gruppe war damals weiter; es geht aber darum, festzustellen, daß Streiks auf die Tagesordnung kommen, in denen Gruppen, die einerseits auf die militante Auseinandersetzung (auch hier nicht als Aktionsavantgarde) vorbereitet sind und andererseits es verstehen, Arbeiterkämpfe nach deren eigenen Notwendigkeiten



Ford-Streikbeginn am 24. August: Von den Betriebsräten verlassen

und nicht denen einer wirklich externen Partei zu begreifen — in denen diese Gruppen diese Möglichkeit des Eingreifens haben und in denen dieses Eingreifen notwendig wird: nicht als ein Eingreifen von außen, sondern aus einer entwickelten Arbeit im Betrieb heraus.

Also: das Aufgehen der Revolutionäre in der Bewegung wäre eine Kapitulation vor den Problemen, vor denen heute eben diese Bewegung steht. Gewerkschaftsoppositionelle Gruppen (wie alle Massenorganismen) sind eine notwendige Vorraussetzung des revolutionären Kampfes, sie müssen von den Revolutionären mit aller Kraft unterstützt und vorangetrieben werden. Das wird aber nur möglich sein, wenn die Revolutionäre sich wirklich als Revolutionäre begreifen: wenn sie nicht mehr nur mitmischen und mitschwimmen, wenn sie ein politisches Verhältnis zu gewerkschaftsoppositionellen Gruppen entwickeln (und nicht mehr nur das bisherige Verhältnis: einerseits staunendes Bewundern, daß sowas — von Arbeitern gar! — möglich ist, und andererseits distanzierte Belustigung über diese gewerkschaftlich bornierten Wühlmäuse). Gewerkschaftsoppositionelle Gruppen haben von ihren Vorraussetzungen her ein eingegrenztes und auch funktionales Verhältnis zu den Massen, ihren Problemen und Bedürfnissen: weder übers Ficken, übers Eigenheim, über die Familie noch über Chile oder über den Häuserkampf erzählen sie den Massen was — und wenn, dann sicher meist nicht das, was gesagt werden müßte. Revolutionäre Gruppen müssen sich also eine eigene Beziehung zu den Massen herstellen, müssen ihre eigene Agitation, ihre eigene Arbeit und ihre eigene Organisierung schaffen. Mit was in den Händen sollten sie sonst den gewerkschaftlichen Gruppen gegenübertreten, in ihnen arbeiten, sich mit ihren Widersprüchen auseinandersetzen: dazu befähigt sicher nicht das eigene revolutionäre Bewußtsein und das sorgfältige Studium bürgerlicher und linker Zeitungen, sondern nur die eigene Massenarbeit. Das heißt: die Revolutionäre müssen untereinander politisch diskutieren, aus historischen Erfahrungen und aktuellen Prozessen lernen UND SICH ORGANISIEREN!!!

II. Massenaktionen und Gewerkschaftsopposition

1. Erfahrungen aus den Fabrikkämpfen 1973

Die Fabrikkämpfe 1973 waren militanter und haben mehr Kämpfende mobilisiert und ansatzweise autonom organisiert als es vorher in den Kämpfen seit 1969 der Fall war. Ihre Inhalte waren, wie es beim Beginn der Kämpfe der revolutionären Klasse üblich ist, **defensiv**:

gegen Entlassungen und Fabrikschließungen (also für Erhaltung des Arbeitsplatzes);
gegen reale Lohnsenkung durch Inflation (für Teuerungszulagen, damit wenigstens der Reallohn erhalten bleibt);
gegen die allzu unerträglich werdenden Arbeitsbedingungen (für eine Verbessesung der grundsätzlich noch Ausbeutung bleibenden Verhältnisse).

Daß diese Forderungen aber, unabhängig von traditionellen Gewerkschaftsführungen und Betriebsräten und militant erhoben wurden und zum Teil auch durchgesetzt worden sind, das macht die Kämpfe zu politischen Offensiven der Arbeiter.

Deren Schwäche ist klar:
Keine einheitliche revolutionäre Klassenorganisation und noch oft vorhandene Spaltung von Deutschen und Ausländern, von Männern und Frauen (wie beim Klöckner-Streik Anfang 73, später auch z. T. in Lippstadt und Pierburg); sich bekämpfende linke Gruppen; schlechte oder nicht vorhandene Organisierung von militanten Massenaktionen.

Die Stärke aber ist, daß trotz allem so viel gemacht worden ist. Und daß sich autonome Organisationsansätze zeigen, die alllerdings gleichzeitig die noch vorhandene Klassenspaltung aufzeigen:
a) einmal innergewerkschaftlich oppositionelle Gruppen aus Vertrauensleuten, Betriebsräten und Kollegen, die auch auf der Ebene betrieblicher Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten wollen.
b) zum anderen multinationale Gruppen und Komitees.
Leider arbeiten in den ersten Gruppen hauptsächlich die Deutschen, in den zweiten in 1. Linie die Emigranten, wobei es Ansätze von Zusammenarbeit gibt, aber nicht mehr.

2. Die neue politische Situation in der BRD

Die SPD war 1969 und noch einmal im Wahlkampf 1972 mit einem politischen Programm fast schon sozialistischer Utopien angetreten:
mehr Demokratie in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen,
bessere Lebensqualität für alle und nicht nur Wohlstand, Humanisierung der Arbeit.
Damit hatte sich der sozialdemokratische Reformismus — und mit ihm die DGB-Gewerkschaften — an die Spitze einer Bewegung gesetzt, die Mitte der sechziger Jahre eine weltweite Offensive gegen den Kapitalismus und seine Spitze, den US-Imperialismus, begann.

In der BRD begann diese Bewegung als APO und antiautoritäre Studenten- und Schülerrebellion. Ihre politische Stärke bezog sie aus ihrer moralischen Kraft, sich über den US-Krieg gegen das indochinesische Volk und die Unterstützung dieses Krieges durch alle parlamentarischen Parteien unmittelbar empören zu können. Radikal wollte diese Bewegung nicht mehr mit den Vertretern in Regierungen und Repräsentationsinstitutionen des US-Imperialismus (wie z. B. Botschaften und Amerika-Häusern) verhandeln, sondern handeln:

Tragendes Moment dieser Bewegung war die **Verweigerung**, sich widerstandslos dem kapitalistischen Staat einzugliedern — sei es in die Bundeswehr (stattdessen Kampagnen für Kriegsdienstverweigerung), sei es die Universität (Hochschulrevolten), bis hin zu „eigenen" Politischen und Kritischen Unis, in die Schulen und Lehrwerkstätten.

Der Angriff gegen den Kapitalismus war gegen die unglaubliche Verschwendung von Reichtum bei gleichzeitiger Massenarmut und gegen die allgegenwärtige brutale Herrschaftsausübung gerichtet. Konsequent entwickelte sich eine Frauenbewegung, die Herrschaft von Männern über Frauen nicht mehr länger als Nebenwiderspruch begreifen wollte; hauptsächlich Jungarbeiter und Lehrlinge begannen, ihre Freizeit selbst zu organisieren und eine Jugendhausbewegung mit Hausbesetzungen zog übers Land.

Gegen die Arbeit gegen Hierarchie und Herrschaft, für ein sinnvolles Leben jetzt schon und nicht erst „nach" der Revolution, das war das Programm der antiautoritären Bewegung. Die Jusos griffen all das auf, und die Linke übernahm mit dieser antiautoritären Kritik an kapitalistischen Leistungs- und Konkurrenzprinzipien 1969 die Macht im Verband — mit dem Ziel, alles auf parlamentarischem Weg durchzusetzen.

Denn die ursprüngliche Radikalität und insbesondere die große Empörung hatte zu den Grenzen der antiautoritären Bewegung geführt. Als sie als Massenbewegung anfing, ansatzweise Machtfragen zu stellen (bes. auf dem Ausbildungsbereich in Schule und Hochschule), ihre erkämpften Positionen abzusichern, kam die alte Spaltung wieder auf, revolutionär in den Aktionen zu sein und reformistisch in der Alltagsarbeit. Die einen bauten wie die Wilden Parteien auf, andere arbeiteten in SPD und Gewerkschaften — und die weiteren verweigerten sich bis hin zur politischen Bedeutungslosigkeit.

Dazu gehören die, die ausflippten und nichts mehr taten; die Hasch-Scene und Subkultur; die antiautoritären Denker im Land, die das Krahlsche Erbe verwalten wollten; politisch setzten ihre Verweigerungen fort die radikalen Feministinnen, die sich dem antiimperialistischen und Klassenkampf zudes Geschlechterkampfs verweigerten, und die RAF, die Massenarbeit zugunsten des bewaffneten Putsches aufzugeben müssen glaubte.

Dazwischen hingen die Sponti-Betriebsgruppen in München, Frankfurt, Köln und Westberlin usw. Nachdem wir alle anderen gut kritisieren konnten, suchten wir jetzt für die Betriebe selbst was zu entwickeln. Und da stehen nach dem Jahr 73 die Chancen nicht schlecht.

Die ideologische Kraft dieser antiautoritären Bewegung ist nämlich nicht sofort zusammengekracht. Ihre Inhalte waren nicht Erfindung des SDS, sondern Ausdruck der Bedürfnisse gerade einer Jugend, die sich nicht mehr so eindringlich am Elend und Hunger der Kriegs- und Nachkriegsjahre allein orientiert. Sie will die ganze Scheiße der dauernden Produktivitätssteigerungen in Schule, Fabrik und Universität nicht mehr mitmachen.

Die Kritik am kapitalistischen Leistungs-prinzip, entfremdender Arbeitsteilung und dadurch kaputter zwischenmenschlicher Beziehungen ist so massenhaft verbreitet, daß von Kapitalisten Gegenpropaganda gemacht werden muß. Professor Schelsky sprach folgerichtig auf dem Münchener CSU-Parteitag im September 1973 von einer schon längst vorhandenen „geistigen Volksfront" gegen die Grundwerte unserer Gesellschaft und beschwor stattdessen ein positives Bild vom deutschen Arbeitsmann:

„Hier kommt es zum Abbau einer generationshaft angesammelten moralischen Substanz, und zwar nicht nur der bürgerlichen, der bäuerlichen Moral, sondern gerade der moralischen Grundüberzeugung des Fabrikarbeiters, von kleinen Beamten und Angestellten, von kleinen Leuten, die darauf eingestellt sind, ihr Leben und das ihrer Kinder durch Fleiß und Anständigkeit verbessern zu wollen.



Dieser Abbau findet jetzt statt. Wenn sich aber Fleiß, Genügsamkeit, Sachverstand, persönliche Unabhängigkeit, Verläßlichkeit nicht mehr lohnen, sondern das moralische Mitlaufen mit Mehrheitsbeschlüssen . . . das Parteibuch, der Gesinnungsausweis an die Stelle von Leistung, Charakter, persönlicher Verantwortung tritt . . . (das führt alles zur) Korruption." Dagegen stellt Schelsky das Wiedererwecken von „Arbeitsfreude" gerade bei den Arbeitern, statt der akademischen „Humanisierung der Arbeit".

Zur gleichen Zeit schrieb Rüdiger Altmann, alter CDU-Propagandist, im „arbeitgeber" vom 3. 8. 73 unter dem Titel „Zerfall der Gesellschaft": „Was bleibt, ist der Aspekt einer Gesellschaft, die es in Zukunft hinnehmen muß, daß Leistungssteigerung – und es wird noch enorme Leistungssteigerungen geben – und Sozialverfall Hand in Hand gehen." Dem ganzen zu beobachtenden Chaos setzt Altmann zum Schluß ein Dichterwort von Hugo Ball entgegen: „Dies ist die Zeit, in der der Behemoth die Nase hebt." Interessanter als daß das ein Verweis auf ein biblisches Nilpferd ist, ist die Tatsache, daß Franz Neumann mit dem Begriff Behemoth den deutschen Faschistischen Staat in einer Untersuchung bezeichnet hat.

Defensiver klingt die Verteidigung des Kapitalismus noch in der Opel-Post 1/2, 74, wo ein mit BDA (Bundesverb. der dt. Arbeitgeberverbände?) gezeichneter Artikel sich mit der Bedeutung der Freizeit auseinandersetzt und klarmacht, daß die geschmähten Prinzipien der kapitalistischen Produktionsweise – nämlich Arbeitsteilung und Leistungsprinzip – naturgegeben sind, und wem's nicht paßt, der ist selber schuld.

In dieser Zeit, wo also der Reformismus scheinbar von unten gezwungen wurde zu radikalen Gesellschaftsveränderungen (einschließlich des Manteltarifvertrags in Baden-Würtemberg), wo die offenen Kapitalisten in CDU/CSU und Unternehmerverbänden ihre politisch-ideologische Schwäche bejammerten („der Unternehmer wird wie früher der Jude für alles verantwortlich gemacht"), wo Arbeitskämpfe eine neue Qualität erreichen – in dieser Zeit kam mit Wucht die Inflation und schien alles kaputt zu machen bis hin zur Ölkrise und der jetzigen Situation.

Sicher ist die weltweite Inflation Ausdruck der weltweiten Klassenkämpfe, und es ist auch kein Zufall, daß in der BRD im Herbst 73 noch die Humanisierung der Arbeit auf dem Programm stand, während jetzt die Angst um Arbeitsplätze den Vorrang vor Veränderung der Arbeitsplätze hat.

Zu voreilig aber ist es, die Kapitalisten als universelle Schlaumeier anzusehen, die das Instrument Krise und Inflation in der Hand haben, um der kämpfenden Arbeiterklasse eins auf den Deckel zu geben. Ohne genau den Zusammenhang von Weltwährungskrise und Inflation durchschauen zu können, da er der Zusammenhang von Revolution und Konterrevolution in Chile, Indochina, USA, England und Westeuropa ist, können wir eines sehen:

Hat ein reformistisches Massenbewußtsein seine Unzufriedenheit mit dem autoritären CDU-Staat und den entmenschten Verhältnissen am Arbeitsplatz und in der Familie die SPD zur Regierungspartei gemacht und ihr anfangs Loyalität gewährt und auch der linken sozialrevolutionären Bewegung zum Teil große Sympathien entgegengebracht, so wiederholt sich jetzt eine alte Beschränkung dieses reformistischen Bewußtseins: die Angst vor dem Chaos, der Wunsch nach Ordnung, die mit sozialem Friedengleichgesetzt wird.

Das ist ein Prozeß, der sich kulturell in Nostalgie-Idealen auch bei Jugendlichen festmachen läßt, der schon mit der Stalinisierung eines Teils der antiautoritären Bewegung begonnen hatte, und sich in der SPD in einem ideologischen Rechtsruck ausdrückt, von dem auch die Jusos betroffen sind. CDU-Ideologe Prof. Abelein hat richtig festgestellt, daß in Brandts Regierungserklärung nach dem großen Wahlsieg 1972 mehr konservative Ideale als sozialistische drin waren als 1969. In diesem Zusammenhang – dem Scheitern des Reformismus vor der Inflation und der Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung – stehen die Wahlen von Hamburg und Rheinland-Pfalz. Doch es gibt gegenläufige Tendenzen, die sich allerdings nicht parlamentarisch ausdrücken. Das sollten sich die Genossen merken, die wegen den Wahlverlusten der SPD langsam in Panik geraten. Das Scheiten des Reformismus führt nur dann nicht zu neu-autoritären oder faschistischen Herrschaftsformen, wenn es radikalere Alternativen zum Reformismus gibt.

Und die gibt es in den Betrieben als multinationale Bewegung der Emigranten und als Gewerkschaftsopposition innerhalb der Deutschen. In den Städten gibt es Bürgerinitiativen, insbesondere in Frankfurt Häuserkampf und Häuserrat. Es gibt die § 218-Bewegung und verschiedene Jugendhaus-Initiativen, Selbstorganisierung der jungen Arbeiter.

Wie dürfen das jetzt auch nicht überschätzen und von so viel Autonomie reden, wie sie noch gar nicht da ist. Wenn wir aber nicht die materielle Basis dieser radikalen praktischen Alternativen zum Reformismus untersuchen und daran politisch weiterarbeiten, dann können wir einpacken. Das allgegenwärtige Jammern über alle Schwierigkeiten dient dem eigenen Selbstmord und den Abtöten einer linksradikalen Bewegung als sozialrevolutionärem Befreiungsprozeß, den wir einer Parteidiktatur vorziehen.

3. Linksradikale Arbeit in den Betrieben

Als wir 69 in Richtung Betrieb und Arbeiter von der Uni und ihren verendenden Kämpfen weggingen, war das kein zeitweiliger Spaß und keine Flucht: wir hatten eingesehen, daß der auf die Hochschule beschränkte Kampf irgendwann an dieser Beschränkung kaputt gehen muß. Wir versuchten, mit der gesellschaftlichen Realität, die nun mal von Lohnarbeit (und in der Regel nichtwissenschaftliche Lohnarbeit) geprägt ist, in Berührung zu kommen. Das war die einzige Alternative zum universitären Überwintern als Bündnispartner. Wir machten nicht Bildungsarbeit, sondern gingen in den Betrieb.

Unsere Arbeit bei Opel war ein erster Versuch, einen linksradikalen Ansatz und linksradikale Politik langfristig durchzusetzen, der linksradikalen Linie endlich einmal praktische Positionen zu erobern. Bisher war es immer so gewesen: die Linksradikalen hatten durchweg recht, ihre Argumentation traf den Kern der Verhältnisse: sie wollten nicht die humanere Ausbeutung; sie wollten nicht die besseren Herren, sondern keine Herren; nicht den sozialistischen Staat, sondern keinen. Dort, wo es den Linksradikalen gelang, eindringlich zu reden und zu handeln, fanden sie offene Ohren bei den Massen: da wurde das zähe Wechselverhältnis von kleinem Reformglauben und tiefer Resignation einfach beiseite geschoben, da wurde von den Dingen geredet, um die es eigentlich geht: von den Bedürfnissen, davon, daß die Leute ihr Leben eigentlich um Kotzen und sinnlos finden, von der Solidarität und auch davon, wie man die Lust auf die Lust finden kann. Und es gab auch Momente, wo diese Position materielle Gewalt wurde, manchmal in unserer Studentenbewegung, im französischen Mai 68 . . . Aber: . . . immer sind das Momente geblieben, danach beherrschten wieder die das Feld, denen es um demokratische Kontrolle, Reformen, Umverteilung und stalinistische Herrschaft geht. Immer wieder ist die linksradikale Bewegung an der Realität zerbrochen: gerade weil sie die radikale Verneinung der bestehenden Verhältnisse proklamierte. Nach den Aktionsmomenten, wo teilweise Linksradikalismus und Bewegung der Massen eins wurden, setzte sich immer wieder die alte Arbeitsteilung durch: den Massen, die unter dem direkten Druck des Überlebensinteresses stehen, bleibt nichts anderes übrig, als sich halbherzig auf die Seite der kleinen Verbesserungen zu schlagen, von denen sie ganz genau wissen, wie bedeutungslos sie sind – die Realität aber, der Linksradikalismus bleibt klassische Utopie, bleibt Sache des Papiers und von Leuten, die sich's leisten können: denen mehr oder minder individuell die Verweigerung gelingt, die aus dem Zwang zur gesellschaftlichen Tätigkeit entrinnen können. Noch immer war es so: linksradikal sein heißt, recht zu haben, sich aber gleichzeitig von den Massen zu entfernen.

Das wird jetzt anders. Denn unsere Entscheidung, jetzt auch die Gewerkschaftsopposition bei Opel zu unterstützen, ist nicht endlich erfolgte Einsicht in die praktische Unmöglichkeit, linksradikal erfolgreich zu wühlen und zu handeln, sondern erst mit GO läßt sich linksradikale Massenarbeit machen, jedenfalls in dem gegenwärtigen Stand von Fabrikkämpfen.



4. Konsequenzen

a) Wir haben angefangen, uns praktisch und theoretisch mit verschiedenen Ansätzen gewerkschaftsoppositioneller Arbeit auseinanderzusetzen.

b) Agitation

Ziel unserer Agitation ist einmal, und da stimmen wir mit jeder GO überein, die Errichtung von Gegenöffentlichkeit. Informationen über alles, was die alltäglichen Interessen ausmacht, müssen ebenso veröffentlicht werden wie Schweinereien von Meistern bis zur Gewerkschaft und Betriebsleitung. Zur Gegenöffentlichkeit gehört auch, daß wir unsere Interpretationen der politischen Verhältnisse von unserem revolutionären Standpunkt nicht für uns behalten, sondern damit gleichzeitig immer zu erklären versuchen, wer wir sind. Denn nicht daß wir aus Frankfurt kommen oder sonstwas ist furchtbar wichtig, sondern was wir wollen. Da ist der Übergang zu einer weiteren Aufgabe unserer Agitation und unseres Auftretens auf Betriebsversammlungen. Das soll auch dienen der Polarisierung an Alltagskonflikten. Uns kommt es nicht in erster Linie darauf an, daß wir immer nur mehrheitliche Zustimmung erhalten. Wir wollen provozieren und dadurch Unbewußtes bewußt machen (z. B. durch das Klau-Flugblatt, daß auf Ablehnung gestoßen ist, weil es offen die individuellen Widerstandshandlungen, die auf Ge-

heimhaltung beruhen, aufgedeckt hat, und damit Diskussionen über weitere Widerstandsformen angezettelt hat). Dazu gehört auch das Lächerlichmachen von Autoritäten (z. B. 1. Mai Flugblatt gegen den BR). Denn die Arbeiter sind antiautoritärer, als es allen Kommunisten in den Kopf will.

c) Massenmilitanz

Forderungen, zu deren Selbstmobilisierung der gewerkschaftliche d. h. der vorgegebene legale Rahmen verlassen wird, drängen zur Durchsetzung über die traditionell bürokratischen Verhandlungen hinaus. Will man was erreichen, muß man Gegenmacht haben, um das Erreichte auch absichern zu können. Bei allen Aktionen aber beginnt die Macht der Unternehmer, die Arbeiter zu stören und ihre Kraft im Keim ersticken zu wollen. Beim Merck-Streik 71 wurden die Streikposten angegriffen und später vom Arbeitsgericht gezwungen, Streikbrecher durchzulassen. Opel/Bochum: Der Streik wird von Polizei und Werkschutz erstickt. Polizeieinsätze in Neuß, Lippstadt, Köln knüppeln Arbeiteraktionen nieder. Bei den Saarkumpeln und jetzt auch im Unterweser-Streik fehlt oft die eigentlich logische Konsequenz aus den Forderungen: Besetzungen und militante Organisierung des Streiks.

Wenn diese autonomen Aktionen nicht auf Dauer Niederlagen werden sollen, müssen sich die Kämpfenden die Frage der Selbstorganisation der notwendigen Militanz stellen. Und da glauben wir, daß in solchen Zeiten die gewerkschaftsoppositionell legal arbeitenden Gruppen ihre objektiv gesetzte Grenze erreichen: sie können nicht organisierende Aktionsavantgarde sein, weil sie dann ihre notwendige legale Arbeit gefährden. Bestenfalls stehen sie – das haben die Erfahrungen der Kämpfe 73 noch einmal gezeigt – solidarisch daneben, oder aber – schlimmer – sie wiegeln ab. Das tun insbesondere die, denen mehr daran gelegen ist, daß sie in der nächsten Zeit auf jeden Fall noch im BR oder im VLK sind, als daß die Kollegen selbst ihre Kampferfahrungen machen.

Organisierung von Massenmilitanz heißt für uns nicht, militärische Ordnung in den Haufen zu bringen. Unsere Aufgabe ist vielmehr, Solidarität zu organisieren, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß wir alle bewußt gegen unsere Ängste vorgehen und sie überwinden lernen. Wir reden heute nicht vom blutigen Klassenendkampf irgendwann mal, sondern von der Notwendigkeit, im Alltag offensiver und militanter gegen Vorgesetzte und Herrschaftsknechte vorzugehen. Denn im Gegensatz zur DKP bis hin zur KPD dienen unserer Meinung nach Massenaktionen nicht der Stärkung des Betriebsrats oder der Partei, sondern den Massen selbst. Wer erfährt, daß der Klassenfeind nicht nur schlägt, sondern daß die Bullen auch laufen können, daß der Werkschutz machtlos ist, hat politisch mehr gelernt, als wenn er in irgendeine Partei eintritt.

Praktisch heißt das für uns gegenwärtig wenig, weil wir nicht militanten Massenaktionen im Betrieb gegenüberstehen oder in ihnen drin waren. Nur müssen wir unsere Erfahrungen im Frankfurter Häuserkampf – und da hat die militante Auseinandersetzung nach der Räumung der Bockenheimer/Schumannstr. eine andere Qualität erreicht als bisherige spontane Straßenschlachten, weil wir diesmal unseren Widerstand zu diesem konkreten Anlaß ankündigten und organisierten – und die Frage der Gegenmacht in den Betriebskämpfen 1973 verstehen lernen.

Die Linksradikalen werden nicht mehr nur Aktionsavantgarde von Sozialdemokraten oder Kommunisten sein, wenn sie der alltäglichen Kleinarbeit im Betrieb, die wegen Gewerkschaftsquerelen und bürokratischem Kram und eigenen Führungsinteressen im Reformismus zu versanden droht, die politische Alternative von konsequenter Massenmilitanz, alltäglich radikaler Kritik an der ganzen kapitalistischen Scheiße und alternative Lebensformen statt nur entfremdeter Politarbeit entgegensetzen. Denn die Konfrontation zwischen gewerkschaftsoppositionellen Gruppen und den Vorstellungen des RK liegt nicht nur in der Art der Intervention im Betrieb, sondern gerade auch in unserem Versuch, einen bißchen besseren Lebenszusammenhang in Wohngemeinschaften zu organisieren.

MANIPULATION beim HESS. RUNDFUNK

– am Beispiel der Berichterstattung über den Häuserkampf –

Nach der Räumung der besetzten Häuser Bockenheimer/Schumannstraße und der militanten Demonstration am darauffolgenden Samstag hatte die bürgerliche Presse zwei Wochen lang (bis zum Folter-Tribunal) das absolute Informationsmonopol – und nutzte es mit Lügen, Hetze, Verdrehungen reichlich aus. Der folgende Text ist eine Dokumentation, die vom Redakteurausschuß des „Hessischen Rundfunks" zusammengestellt wurde: die selbst Betroffenen zeigen hier, wie entstellt wurde, wer zu Wort kam und wer nicht. Der Text veranschaulicht in einfacher Beschreibung, was Informations- und Meinungsmonopol praktisch bedeutet, zeigt also, daß Massenmedien Macht- und Gewaltorgane der Herrschenden sind. (Der abgedruckte Text ist ein Auszug; der volle Wortlaut kann beim RK bestellt werden: **Revolutionärer Kampf, 6 Frankfurt, Postfach 4202)**

Auszüge aus der Dokumentation des Redakteursausschusses im Hessischen Rundfunk über die Vorfälle anläßlich der Berichterstattung über die Räumung der besetzten Häuser im Frankfurter Westend

Gegen die „Grundsätze für die Darbietungen im Hessischen Rundfunk" (Hessisches Rundfunkgesetz § 3 Abs. 1, 3, 4, 7) ist nach Meinung des Redakteurausschusses (RA) in den hier dokumentierten Sendungen wiederholt und in gravierender Weise verstoßen worden.

1. Fernsehen

Donnerstag, 21. 2. 1974: Die seit langem erwartete Räumung der Häuser Schumannstr./Bockenheimer Landstr. fand in den frühen Morgenstunden statt. Bereits Anfang des Jahres hatte der freie Mitarbeiter J. Faulstich von der „Hessenjournal"-Redaktion den Auftrag bekommen, Filmaufnahmen von den betroffenen Häusern mit Statements der Bewohner und zuständigen Vertretern der Stadt zu machen. Das Material sollte gesammelt und am Tag der Räumung als Hintergrundinformation gesendet werden. Im Laufe der Dreharbeiten kam Faulstich mit dem zuständigen Redakteur überein, einen fertigen Film herzustellen, der am Tag der Häuserräumung gesendet werden sollte. Etwa 14 Tage vor der Häuserräumung wurde dieser Film von der Redaktion abgenommen. Dem nicht präzisierten Wunsch des Abteilungsleiters nach „Entschärfung" kam der Autor mit einigen Textänderungen entgegen.

Am Tag der Räumung wurde der Film nicht, wie vorgesehen, gesendet. Begründung des Abteilungsleiters jetzt: Der Film sei nicht auftragsgemäß und nicht wertneutral ausgeführt worden und außerdem zu lang. Damit war der Film für diesen Tag abgesetzt worden mit dem Hinweis, er werde am nächsten Tag mit dem Intendanten vorgeführt. Stattdessen lief lediglich ein zwei Minuten, 40 Sekunden langer Bericht über die Häuserräumung. Themen dieser Sendung außerdem: Adoptionsrecht, ca. 11 Minuten, und ein Filmbericht über Probleme von Designern aus Kassel, 5 Minuten, 30 Sekunden lang.

In der Hessenschau: 2 Minuten, 30 Sekunden Film über Räumung und anschließende Demonstration auf der Zeil. Wortmeldung: Jungdemokraten kritisieren die Räumung.

Freitag, 22. 2. 1974: Hessenjournal – Der Intendant erklärt den Hintergrundfilm für nicht sendefähig. Die darin enthaltenen Informationen werden auch in anderer Form nicht ausgestrahlt. In der Hessenschau: Fotomeldung der Räumung gegen der Hauptwache.

Samstag, 23. 2. 1974: Wort- und Filmberichte über Demonstrationen, wobei ausführlich auf Ausschreitungen von Demonstranten („bürgerkriegsähnliche Zustände") verwiesen wird. Dazu Pressekonferenz des Polizeipräsidenten.

Montag, 25. 2. 1974: Hessenjournal: life-Interview mit AStA-Vorsitzendem Krawinkel im Studio. Dazu Innenminister Bielefeld am Telefon, weil er nicht kommen konnte. Krawinkel bezeichnet Müller als Polizistenknecht und erklärt, wer – wie der Polizeipräsident – behaupte, er habe eine Garantie für den friedlichen Ablauf der Demonstration gegeben, der lüge. Noch während der Sendung ruft der Intendant den leitenden Redakteur im Studio an und verlangt empört die Möglichkeit einer Gegendarstellung für den Polizeipräsidenten in der folgenden Hessenschau (19.45 Uhr), selbst wenn sie die gesamte Sendezeit (15 Minuten) in Anspruch nehme.

In der Hessenschau: Programmdirektor Gründefeldt erscheint bei den Redakteuren und Mitarbeitern der „Hessenschau" („Der Chef schickt mich, ich habe die Sendung selbst nicht gesehen") und verlangt, Platz zu schaffen für ein 4 Min./30 sec.-Interview, live, mit dem Polizeipräsidenten, jene 4 Min./30 sec., die Krawinkel im „Hessenjournal" sich habe äußern können. In dieser Hessenschau-Sendung waren bereits Statements von Ministerpräsident Osswald, Innenminister Bielefeld und Oberbürgermeister Arndt eingeplant. Gründefeldt sinngemäß: da wir schon den Ministerpräsidenten Osswald, den Innenminister Bielefeld und den Oberbürgermeister Arndt in dieser Sendung haben und jetzt noch der Polizeipräsident dazu muß, müssen wir auf weitere Beiträge zu diesem Thema verzichten. Gemeint war ein produziertes Interview mit dem AStA-Vorsitzenden Krawinkel.

Fazit: Die einzige Gegenstimme zu den Äußerungen von Landesregierung, Stadt und Polizei in dieser Sendung wird nicht gesendet. Ein ohnehin kurzer Beitrag über die Beschwerden des Studentenwerks anläßlich der polizeilichen Durchsuchung des Studentenhauses wurde um wesentliche Aussagen auf 30 Sekunden gekürzt. Bemerkenswert ist, daß der Polizeipräsident im Live-Interview die Frage, ob Krawinkel ihm nun tatsächlich eine Garantie für den friedlichen Ablauf der Demonstration gegeben habe, verneinend beantwortet.

Mittwoch, 13. 3. 1974: Hessenjournal: Einziges Thema sind die Auseinandersetzungen um die gegen die Polizei erhobenen Vorwürfe. Anlaß sind das Tribunal „Foltert die Polizei? " vom Vorabend und die am Nachmittag veranstaltete Polizeipressekonferenz. Ursprünglich sollte über das Tribunal lediglich mit einem etwa sechsminütigen Filmbericht informiert werden. Für etwaige Stellungnahmen der Polizei war Platz in der Moderation vorgesehen, erst als bekannt wird, daß die Polizei zur Entgegnung auf die im Tribunal erhobenen Vorwürfe am Nachmittag eine Pressekonferenz anberaumt hat, entschließt die Redaktionskonferenz sich dazu, mit diesem Thema das gesamte Hessenjournal dieses Tages zu bestreiten. Film- bzw. MAZ-Aufzeichnungen existieren sowohl vom Tribunal wie auch von der Polizeipressekonferenz. In der Sendung genommen werden jedoch nur Ausschnitte vom Tribunal. Die Gegenseite kommt durch Polizeipräsident Müller live zu Wort. Müller erhält Gelegenheit, jeweils nach Vorführung einzelner Tribunalausschnitte unmittelbar vor den Zuschauern zu den vorgebrachten Anschuldigungen Stellung zu nehmen, um sie anhand von ihm mitgebrachter Unterlagen zu dementieren. Müller behält in jedem Fall das letzt Wort. Gesamtzeit der Sendung ca. 23 Minuten, 50 Sekunden, davon Tribunalausschnitte ca. 11 Minuten, 20 Sekunden, live für den Moderator ca. 3 Minuten, für Müller ca. 9 Min., 30 sec.

Gegen Ende der Sendung übt Müller dem Moderator gegenüber Kritik daran, daß ihm in dieser Sendung so wenig Zeit eingeräumt worden sei. Unmittelbar nach der Sendung wiederholt Müller sehr erregt diesen Vorwurf. (ID: er sprang auf und schrie die Anwesenden an; selbst nach Verlassen des Studios schallte in den Gängen seine hysterische Stimme weiter!): Ihm sei für seine Entgegnungen zu wenig Zeit gelassen worden, außerdem: ihm sei nicht gesagt worden, welche Ausschnitte aus dem Tribunal vorgeführt werden sollten, deshalb habe er sich nicht genügend mit den entsprechenden Gegenbeweisen versehen können. Persönliche Angriffe richtete Müller gegen den Redakteur Georg Borufka und den Redakteur Fritz Kremser. Drohend erklärt Müller, er werde „dieses Gespräch auf höherer Ebene fortführen", „es ist ja bekannt, wie das dann geht", und „er lasse sich nicht übers Ohr hauen". Müller ist nicht bereit, sich auf ein Gespräch mit der Redaktion einzulassen.

II. Hörfunk

Alle Beiträge an den beiden kritischen Tagen, dem 21. und 23. Februar, wurden im Hörfunk erst nach einer Vorprüfung durch den Chefredakteur bzw. den Programmdirektor oder in deren Gegenwart ausgestrahlt, die nach unseren Informationen aufgrund einer Intervention von höchster Stelle eingriffen.

Nachdem er vorher zu äußerster Zurückhaltung in der Bewertung der Ereignisse ermahnt worden war, erstattete Ulrich Manz den ersten Bericht über die Ereignisse der Nacht zum Donnerstag in der Sendung „Unterwegs in Hessen" live im Studio, während Chefredakteur und Programmdirektor die Sendung vom Regieraum aus verfolgten. Ein telefonisch von der Szene übermittelter Beitrag von Joachim Peters wurde erst auf Band genommen und abgehört, ehe er zeitversetzt in dieser Sendung über den Äther ging. Entgegen dem Live-Charakter auch dieser Sendung berichtete Manz im „Mittagsmagazin" aufgrund eines Manuskriptes, das zuvor vom Chefredakteur gebilligt worden war. Ein telefonisch übermittelter Beitrag von Peters lief wiederum zeitversetzt, nachdem er zuvor, wenn auch im Sinne des Reporters, gekürzt worden war. In der Sendung „Heute aktuell" vom Donnerstag verlangte der Chefredakteur die Ansage des Redakteurs, der daraufhin entsprechend abänderte. Der zusammenfassende Tagesbericht des Zeitfunkreporters Manz wurde entsprechend den Wünschen des Chefredakteurs „entschärft". Eine Passage, in der die Abbruchfirma der geräumten Häuser mit Berufung auf den Volksmund als „Abdecker Frankfurts" bezeichnet wurde, fiel der Streichung zum Opfer.

Analyse

Die vorliegende Dokumentation soll an einem aktuellen Gegenstand der Berichterstattung zeigen, wie stark die Zensur in diesem Sender bereits ist. Daß die Forderungen nach „Ausgewogenheit" – Hauptargument bei Eingriffen der Spitzen des Hauses in Sendungen und Einzelbeiträgen – gerade durch diese Eingriffe ständig verletzt wird, daß Abteilungsleiter nur dann nach der „Gegenseite" rufen, wenn dort Landespolitiker oder Polizeivertreter stehen.

Die aktuelle Berichterstattung über die Räumung der besetzten Häuser Bockenheimer Landstr./Schumannstr. und die nachfolgenden Ereignisse ist deshalb ein gutes Beispiel, weil hier alle Variationen von Zensur nachweisbar sind. Auf der einen Seite das Absetzen eines Films durch den zuständigen Abteilungsleiter, die Unterdrückung unliebsamer Statements, die Änderung üblicher Sendeformen, und schließlich direkte Eingriffe des Intendanten in fertige Sendungen – Einschüchterungsversuche von Politikern auf der anderen Seite.

Die Tendenz ist deutlich: Die Funktion des Journalismus wird entgegen den Ansprüchen einer demokratischen Öffentlichkeit umfunktioniert. Nicht die Öffentlichkeit kontrolliert die politisch Mächtigen, sondern die politisch Mächtigen kontrollieren die Öffentlichkeit. Die Folgen: Zunahme von Zensur und Selbstzensur: Polizeipräsident und Politiker erhalten fast selbstverständlich Gelegenheit zu polemischen Angriffen gegen Demonstranten („Politrocker, Chaoten, Gewalttäter"), ohne daß irgendjemand widerspricht, während auf der anderen Seite eine Äußerung Krawinkels („Müller hat gelogen") sofort eine Gegendarstellung des Polizeipräsidenten nachsichzieht.

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich ist unsere liebe Genossin Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Kto. 4684-852 Pscha Nürnberg.

Zwei Sorten von Kommunisten

Dagegen ist nichts zu sagen, daß der KBW einen Brief dreier Frankfurter Polizisten, den er bekommen hat, in seiner „Kommunistischen Volkszeitung" (KVZ) abdruckt: daß die drei sich kritisch mit Befehlen von Vorgesetzten, mit der allgemeinen Funktion der Polizei auseinandersetzen und sich überlegen, ob Kommunisten wirklich so sind, wie ihnen beigebracht wurde – das ist eine gute Sache.

Schlimm wird es aber da, wo der KBW die Spaltungsargumente der Polizisten unwidersprochen hinnimmt und damit zu seinen eigenen macht: bisher hätten sie geglaubt, die Demonstranten seien gegen die Polizei, „gerade das Bild der Demonstrationen in Frankfurt scheint das zu bestätigen. Wir freuen uns, . . ., daß Kommunisten und Kommunisten zwei Paar Schuhe sein können". Das Argument ist: die einen sind die wildgewordenen Steineschmeißer, die Kleinbürger, die nicht merken, daß ihr zielloser Haß sich gegen die arbeitenden Massen richtet, die Schreier, denen es nur ums Chaos geht – die andern sind die ordentlichen Kommunisten, „die schon heute die allgemeine Volksbewaffnung **fordern**" und in Gewalt heute die bloße Provokation sehen.

Der KBW stellt in seiner redaktionellen Bemerkung nichts zurecht: kein Wort darüber, welchen konkreten Begründungszusammenhang und Stellenwert die Gewalt in der Demonstration um die Räumung der Bockenheimer Landstr. und auf anderen Demonstrationen hatte – was bleibt ist die Verurteilung der Gewalt an sich: ein Trick, den der KBW so gut beherrscht wie das ganze Pack der bürgerlichen Schreiber: wer sich weigert zu zeigen, warum die Kämpfenden gekämpft haben, für welche Inhalte und gegen wen, der mobilisiert ein Gefühl und macht sichs zunutze, das eine wichtige massenpsychologische Schranke ist, um die Massen am Widerstand zu hindern: die **Angst vor dem Chaos!** Die Revolutionäre müssen immer klar machen, daß die Veränderung eine Frage von Gewalt ist und kein Weg daran vorbeiführt, sie müssen den den Massen aufgezwungenen Pazifismus nicht festigen, sondern angreifen, sie dürfen die bürgerliche Ideologie in den Köpfen nicht ausnützen, sondern müssen sie angreifen.

Die drei Polizisten schreiben, „daß auch wir nur Menschen sind, die ihre Pflicht tun. Ihr dürft uns glauben, daß es nicht immer einfach ist, dieser Pflicht nachzukommen!" Sieht der KBW denn überhaupt nicht, welch grausame Geschichte – bei weitem nicht nur im deutschen Faschismus – dieses Argument vom Rückzug auf die „Pflicht" hat?? Wieviele Henker haben auch nicht mehr als ihre Pflicht getan! Wo der Henker anfängt, an seiner Arbeit zu zweifeln, wo er anfängt, sich der Klasse und ihrer Interessen, aus der er selber kommt, zu besinnen – da muß ihm gezeigt werden, daß es den Weg der inneren Emigration nicht geben kann, da muß ihm solidarisch gezeigt werden, daß es so nicht geht: Kritik im Kopf – und auf der anderen Seite zähneknirschendes Erfüllen der Pflicht, da muß ihm gezeigt werden, daß sein Weg nicht die Sympathie mit den ordentlichen und pazifistischen Kommunisten, sondern nur der Widerstand sein kann.

Leserbrief von drei Polizisten

Der anschließend abgedruckte Brief wurde uns von drei Frankfurter Polizisten zugeschickt. Dazu müssen wir folgendes vorausschicken:
Als Kommunisten sagen wir ihnen offen, daß wir nicht in der Polizei die Ursache der politischen Unterdrückung sehen, sondern in der Ausbeuterherrschaft der Kapitalistenklasse und ihres Staates, daß aber die Polizei ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse und ihres Staates ist; die Polizei hat ihre Befehle, wie sie ja auch schreiben. Und immer, wo Polizisten den Befehl haben, die kapitalistische Ordnung zu verteidigen, sind sie unsere Feinde, solange sie nicht überlaufen auf die Seite des Volkes. Das ist unvermeidlich. Insofern der Kapitalistenstaat die Polizei aus den Reihen des Volkes rekrutiert, werden auch immer wieder Teile der Polizei, genauso wie in der Bundeswehr, den Befehl verweigern, weil sie sich nicht zum Büttel der kapitalistischen Staatsmacht machen wollen. Je mehr sich die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes entwickeln, desto schneller ist jeder Staatsbeamte, vor allem aber diejenigen, die unmittelbar die Staatsgewalt verkörpern, vor die Entscheidung gestellt, ob er dem kapitalistischen Staat gegen das Volk gehorcht oder sich auf die Seite des Volkes stellt. Wir Kommunisten fordern schon heute die allgemeine Volksbewaffnung und eine Volksmiliz und kämpfen für die Auflösung des stehenden Heeres und der Polizei, die Organe der kapitalistischen Staatsmacht sind.

Red.

". . .Bezugnehmend auf Euren Bericht in der KVZ Nr. 6/74 "Bahnpolizei hatte kein Interesse an Personalien" möchten wir Euch folgendes mitteilen:
Wir sind drei Polizeibeamte aus Frankfurt, die Eure Zeitung zum ersten Mal zufällig in die Hand bekamen. Bisher wurde uns immer eingetrichtert, daß die Kommunisten gegen den "bürgerlichen" Staatsapparat und damit auch gegen die Polizei seien. Gerade das Bild der Demonstrationen in Frankfurt scheint das zu bestätigen. Wir freuen uns, daß auch Kollegen von der Bahnpolizei gemerkt haben, daß Kommunisten und Kommunisten zwei Paar Schuhe sein können. Euer Artikel beweist, daß nicht alle über einen Kamm zu scheren sind. So ist es gewiß ein Unterschied, ob man uns als Bullen oder "Bullenschweine" beschimpft und zu Tätlichkeiten gegen uns aufruft, oder ob man, wie Ihr es tut, davon ausgeht, daß auch wir nur Menschen sind, die ihre Pflicht tun. Ihr dürft uns glauben, daß es nicht immer einfach ist, dieser Pflicht nachzukommen! Aber wir können ja leider nicht entscheiden, ob und wie ein Einsatz laufen soll, das wird in – man kann schon sagen – undemokratischer Weise von oben her bestimmt. Wir haben eben Vorgesetzte und die sind, wie die Bezeichnung ja besagt, uns vorgesetzt. Was soll man da machen?
Zuletzt seien noch einmal unsere Sympathien für die Kollegen von der Bahnpolizei ausgedrückt, die so treffend bemerkten: "Keine Verkäufer kommunistischer Zeitungen angetroffen". . ."

R., J., R., Frankfurt.

"Kommunistische Volkszeitung" 7/74
3.4.74

Der KBW hilft den Polizisten, die sich an ihn gewandt haben, nicht wirklich: er führt sie unkritisch in der KVZ als Paradepferde vor und verweist sie abstrakt auf eine ferne Zukunft: der allgemeinen Volksbewaffnung, wo die unterdrückten Handlanger der kapitalistischen Gewalt die Gewehre umdrehen werden. Was den drei Bullen-Kollegen wirklich helfen könnte, macht der KBW nicht: sich mit der Widersprüchlichkeit ihrer Argumentation auseinanderzusetzen. Dafür freilich sind dem KBW die drei nicht wichtig genug: es reicht, diese drei als lebende Beispiele der Kritik am Kapitalismus in der KVZ auszustellen. Mehr noch: statt sich mit dem Pazifismus und der inneren Emigration der drei, die der Pazifismus und die innere Emigration der Massen noch sind, auseinanderzusetzen, wird dieser Brief zu einem Instrument sektiererischer Parteipolitik umgemünzt: den Chaoten, die die schlechte heutige Ordnung angreifen und eine neue noch nicht aus der Tasche zaubern können, wird die pazifistische Alternative des KBW entgegengehalten: Abgrenzung gegen den Stachel des Linksradikalismus, Kommunisten sind gar nicht so, sind Menschen wie du und ich, haben, wie du, Angst vor dem Chaos und werden deswegen, wie du, alles daran setzen, daß ein Prinzip erhalten bleibt: wo oben und unten ist – das muß klar bleiben.

Ständig betreibt der KBW eine Politik der Abgrenzung nach links: alles, was links von ihm steht und ohne seine Anleitung radikal kämpft, das schadet, das ist nicht mehr begründeter Kampf, sondern Provokation. Diese Abgrenzung nach links, dieses Hochhalten der Ordnung der Partei gegenüber dem Chaos des Widerstandes hat in der Geschichte der Revolutionen eine blutige und schreckliche Tradition: die russische Revolution und die deutsche von 1918 zeigen, daß diese Politik immer die revolutionären Kräfte gespalten, die Revolution in die Niederlage geführt und Tausenden von Revolutionären das Leben gekostet hat. Der KBW – sein jämmerliches Auftreten im Frankfurter Häuserkampf hat das deutlich gezeigt – steht fest in dieser Tradition!

RK

LESERBRIEF

Liebe Genossen!

Kritik an WWA Nr. 13/14:

1. S. 25: „Denkt daran ohne Theorie keine Revolution äh rülps."
   Wahnsinnig witzig! Hab' mich halb totgelächt. Wenn einem nichts besseres einfällt, sollte man auf solchen Scheiß verzichten. Es erheitert nämlich nicht. Erstleser könnten eher abgeschreckt werden.
2. S. 17: „Natürlich kamen auch die Parteideppen mit ihrer Stoßrichtungsmacke (KPD)."
   Kritik an anderen Gruppen sollte sachlich bleiben. Sonst wird sie unglaubwürdig. Beispiel für sachliche und durchaus fruchtbare Kritik: der Bericht über Osram in der Dezember(?)-Nummer.
3. Der Bericht über den Uni-Streik: geschwollene Sprache, völlig unverständlich. Soeben ist im Motorbuch-Verlag Stuttgart ein Buch von dem bekannten Polizeistaatsfanatiker und Waffenexperten Heinz J. Stammel über Polizeibewaffnung und -ausrüstung erschienen („Mit gebremster Gewalt – Polizeibewaffnung von morgen" oder so ähnlich, dicker Wälzer, 48 DM).
   Ich habe das Ding erst oberflächlich durchgeblättert, aber mir scheint es wichtig, das Buch zu lesen. Man sollte die zukünftige Ausrüstung der Bullen in strategische Überlegungen miteinbeziehen.

Rotfront!
U. A.

Kanalbrücke angesteckt

NORDHORN, 3. April (dpa). Offenbar aus Protest gegen die Lärmbelästigung durch den NATO-Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range (Niedersachsen) haben Unbekannte am Dienstagabend eine hölzerne Brücke über den Ems-Vechte-Kanal bei Nordhorn in Brand gesteckt. Soldaten einer britischen Lastwagenkolonne entdeckten das Feuer und alarmierten die Feuerwehr der auf dem Abwurfplatz stationierten britischen Luftwaffe. Die Soldaten konnten die Flammen in kurzer Zeit löschen. Die Polizei teilte am Mittwoch mit, eine Fahndung nach den Brandstiftern sei eingeleitet.

Frankfurter Rundschau
Donnerstag, 4. April 1974



Der hier abgedruckte Bericht, der von Kölner Kollegen geschrieben wurde, zeigt am Beispiel des Verhaltens des KBW bei „Felten & Guilleaume" wie diese Organisation eine Betriebspolitik macht, die den Interessen der Arbeiter schadet. Wir werden uns auch in Zukunft mit den betrieblichen Interventionen politischer Gruppen auseinandersetzen – nicht weil wir uns über die Fehler von Organisationen, die wir kritisieren, hämisch freuen, sondern weil wir glauben, daß an der praktischen Betriebspolitik deutlich abzulesen ist, ob eine politische Linie den Interessen der Arbeiter nützt oder schadet. Solche Kritik streitet auch nicht die Notwendigkeit der politischen Intervention ab und zieht sich nicht auf einen bornierten Betriebsstandpunkt zurück.

Wir gehen davon aus, daß die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik einen Stand erreicht hat, wo sich aus den Interessen dieser Bewegung heraus die Fragen der Perspektive, der Avantgarden und auch der Intervention revolutionärer Organisationen stellen. War früher das Sektierertum der verschiedenen Parteien eine harmlose Sache, über die wir uns ähnlich amüsierten wie z.B. jene Opel-Kollegen, die sich zum Jux den „Roten Morgen" vorm Tor kauften, so kann das Sektierertum heute gefährliche Konsequenzen haben. In den betrieblichen Auseinandersetzungen formulieren die Arbeiter Fragen und Probleme, die in Richtung Koordinierung, Strategie, Perspektive gehen. Wie gefährlich falsche Antworten auf diese Fragen sein können, zeigt am deutlichsten die Intervention der KPD bei Ford im letzten August. Wir gehen davon aus, daß revolutionäre Gruppen zunehmend in betrieblichen Auseinandersetzungen eine wichtige Funktion haben **können** *– daß das aber nur dann möglich sein wird, wenn diese Gruppen ihre Arbeit strikt aus dem Betrieb heraus, aus den Interessen der Arbeiter heraus bestimmen. Das ist keine überflüssige Phrase, denn die Auseinandersetzungen zeigen immer deutlicher, daß einige Gruppen – trotz allem „Hochhalten" der Arbeiterinteressen – eine Politik betreiben, deren Erfolg sich nicht am Sieg der Arbeiter, am Erstarken von Arbeitermacht mißt, sondern am Erstarken der eigenen Organisation. Für die KPD ist der Ford-Streik in erster Linie ein hervorragendes Beispiel für die Richtigkeit der RGO-Politik – und so ist sie blind gegenüber dem Problem der Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern. Für den KBW ist der nicht stattgefundene Streik ein gutes Beispiel für die Richtigkeit der „Entlarvungspolitik" – und so ist es ihm egal, daß er dazu beigetragen hat, einen Streik zu verhindern. Beidesmal dasselbe: den Interessen der Arbeiter wird geschadet. Eine solche Politik wird bekämpft werden müssen – nicht weil sie sich die Fragen des Eingreifens, Vorantreibens, der Intervention stellt, sondern weil sie falsche und gefährliche Antworten auf diese Fragen gibt.*

RK

wie verhindere ich einen Streik – die Politik des KBW

„Diese (inoffiziellen) Kämpfe sind aufgrund ihrer Zersplitterung und der fehlenden Unterstützung durch die Gewerkschaften besonders schwierig zum Erfolg zu führen und enthalten hohe Risiken für die Belegschaft und für die kommunistischen Zellen, die in diesen Kämpfen führend hervortreten" (zit. aus: Ergebnis der Gründungskonferenz des KBW, Broschüre S. 41).

Wie sieht das aber nun in der Praxis aus? Am 19.2.1974 brachte der Kommunistische Bund Westdeutschland, Ortsgruppe Köln, vor Felten & Guilleaume das Flugblatt heraus: HEUTE WARNSTREIK! Es wurde nicht gestreikt.

Am 20.2.1974 brachte der KBW das Flugblatt heraus: WER HAT DEN WARNSTREIK VERHINDERT? Einige Verteiler des Flugblattes wurden verprügelt, und es wurden ihnen die Flugblätter abgenommen.

Felten & Guilleaume ist eine Kabelfabrik in Köln mit 4 000 Beschäftigten. Keine Bänder, keine Maschinenstraßen, sondern Einzelmaschinen und eine Anzahl voneinander getrennter Hallen: Wenn es losgeht, muß praktisch jeder Mann einzeln geholt werden.

Die Streikbereitschaft für einen hohen Tarifabschluß war nicht von „Gewerkschaftsgrößen (KBW)" des Betriebes, sondern von aktiven Kollegen organisiert worden. Nach Erwartung und Stimmung in der Belegschaft wäre es auch kein „Ministreik (KBW)" geworden, bei dem wir „mal ne halbe Stunde die Pause überziehen (KBW)", sondern nach Umfang und Qualität war diesmal von der Belegschaft eine größere Aktion zu erwarten. Hier hat der KBW schon zwei goldene Regeln mißachtet:

1. Wenn ich die Situation in einem Betrieb nicht genau kenne, dann halte ich mich mit guten Ratschlägen, wann und wofür gekämpft werden soll, gefälligst zurück.
2. Ein Flugblatt kann keinen Streik organisieren, eine Führung von außen wird nicht akzeptiert, dies muß den Kräften im Betrieb überlassen bleiben.

Noch wichtiger ist: Wenn ich einen nicht-offiziellen Streik ankündige, schwäche ich die ohnehin Schwachen noch mehr und stärke die ohnehin starke Gegenseite. Ein nicht-offizieller Streik muß überraschend kommen. Das Argument, die Gegenseite wüßte sowieso über alles Bescheid, ist lächerlich und zeugt von völliger Unkenntnis des Betriebes. Selbstverständlich wissen die Geschäftsleitung und ihre Handlanger, daß irgendwann und irgendwo um die Tarifverhandlungen herum mit ziemlicher Sicherheit gestreikt wird. Der größte Schutz in solchen Situationen ist für die Belegschaft die eigene Gerüchteküche. Fast täglich wird in irgendeiner Abteilung erzählt: Heute wird gestreikt, oder morgen wird gestreikt, oder da und dort haben sie sogar schon angefangen. Die Vorgesetzten kennen das und regen sich nicht besonders darüber auf. Wenn jedoch eine Gruppe, die regelmäßig eine Betriebszeitung verteilt, und von der die Geschäftsleitung annimmt, daß sie zumindest über größere Sachen informiert ist, einen Streik offiziell ankündigt, dann werden Betriebsleitungen und Meister zusammengetrommelt, um geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. **Und genau das ist eingetreten.**

Natürlich ist es nicht so, daß durch ein Flugblatt die Streikbereitschaft von 100 auf 0 heruntergeschraubt werden kann, genausowenig wie durch ein Flugblatt eine Belegschaft von 0 auf 100 gebracht werden kann. Aber Streikbereitschaft und Streikorganisation sind zwei verschiedene Hüte. Wenn durch eine solche Ankündigung die Streikorganisation ins Wanken gerät, wird die vor jeder Aktion vorhandene Angst und Unsicherheit der Belegschaft verstärkt. Organisationsmöglichkeit und Streikbereitschaft reißen sich gegenseitig herunter zu Desorganisation und Angst, wo dann diejenigen Kollegen, die in der Lage sind, Tausende zu organisieren, die ganze Sache abgeblasen haben.

Das kann jedoch den KBW nicht erschüttern. Nach dem ersten Flugblatt war der politische Erfolg ja schon gewiß. Wäre – wie vorauszusehen war – die Aktion über den üblichen Rahmen herausgegangen, dann hätte sich die Belegschaft der Aufforderung des KBW angeschlossen, „verschärfte Kampfmaßnahmen" zu ergreifen. Da nicht gestreikt wurde, hatte man die großartige Gelegenheit, die „Gewerkschaftsgrößen (KBW)" im Betrieb zu entlarven. Je nach Bedarf **der** Betriebsrat, **der** Vertrauenskörper, **die** Vertrauenskörperleitung. Ob gestreikt wurde oder nicht, die Ortsgruppe Köln des KBW kann voll Stolz eine Erfolgsmeldung an die Leitung abschicken.

Es wäre zu wenig, den KBW darauf hinzuweisen, daß ein nicht-offizieller Streik in einem Betrieb etwas anderes ist als eine Vollversammlung in der Universität, wo es nicht besonders auffällt, wenn man einige Stunden die Vorlesungen nicht besucht. Es ist vielleicht auch schwer verständlich zu machen, was es bedeutet, die eigene Abteilung zu mobilisieren, oder auch nur die Hälfte oder sogar nur ein Drittel der Abteilung; was es bedeutet, vor den Augen der eigenen Vorgesetzten die Maschine abzustellen; was es bedeutet, loszuziehen, während der Meister aufgeregt zum Telefon rennt und der Vorarbeiter anfängt, Namen zu notieren. Wenn ein Dutzend zusammen ist, sind wir gerade so mutig, uns durch den Seitenausgang davonzupissen; wenn Hundert zusammen sind, sind wir gerade so mutig loszumarschieren; und erst wenn Tausend zusammen sind, können wir sagen: Jetzt klappt es. Dies alles ist vielleicht schwer verständlich für eine Organisation, die sich vorwiegend aus Studenten zusammensetzt.

Wichtiger erscheint uns jedoch, daß sich hinter dieser Vorgehensweise des KBW ein Konzept verbirgt. Als im vorigen Jahr beim Bauer-Verlag in Köln (Großbetrieb der Druckindustrie) der KBW davon Wind bekommen hatte, daß für eine Teuerungszulage gekämpft werden sollte, hatte diese Gruppe nichts eiligeres zu tun, als am zu erwartenden Streiktag den Streik anzukündigen. Es wurde nicht gestreikt, vielmehr wurde einem Kollegen aus dem Betriebsrat mit der Kündigung gedroht, weil das Flugblatt so aufgezogen war, daß die Geschäftsleitung einen Zusammenhang zwischen KBW und dem Betriebsrat vermutete. Damals konnte man noch glauben, es wäre ein schwerer Ausrutscher gewesen, aus dem der KBW noch hätte lernen können. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht nur bei F&G, sogar in einem Kleinbetrieb (Deutscher Gemeindeverlag, etwa 100 Beschäftigte) ist nach alter Holzhackerweise durch die Flugblattpolitik des KBW der Betriebsratvorsitzende indirekt so denunziert worden, daß mittlerweile der gesamte Betriebsrat zurückgetreten ist, wobei betont werden muß, daß sich gerade der Betriebsratsvorsitzende nach Kräften bemüht hatte, mit der Belegschaft zusammenzuarbeiten. Ein einziger Informant in der Firma hatte dem KBW gereicht, um diesen großartigen „Erfolg" zu erringen.

Also: Wenn diese Gruppe schon nicht in der Lage ist, innerbetrieblich Einfluß zu nehmen, geschweige denn als Führung von der Belegschaft akzeptiert zu werden, dann wenigstens eine Flugblattaktion um jeden Preis, nach dem Motto: Wenn ich ewig ins Blaue schieße, treffe ich irgendwann einmal ins Schwarze. Informanten in den Betrieben werden für die Gruppenpropaganda des KBW benutzt und in unverantwortlicher Weise gefährdet; jeder Betriebskonflikt ist dieser Gruppe recht, die eigene Popularität zu fördern: Die Belegschaft wird Mittel zum Zweck, und die eigene Organisation wird zum Ziel der Politik.

Diese Art von Politik hat nicht nur Auswirkungen auf die Belegschaften, sondern auch auf die Linke. In Teilen der Belegschaft von F & G wird diskutiert, ob man solche Flugblätter in Zukunft nicht überhaupt schon vor dem Verteilen einsammeln sollte. Die Kollegen machen keinen Unterschied zwischen KBW, DKP, KPD, Jusos, KPD/ML usw. Alle, die links von SPD und DGB verteilen, sind „die Kommunisten". Schwerwiegende Fehler, die einzelne Gruppen machen, können sich bitter an der gesamten Linken rächen!

Kollegen aus den betroffenen Betrieben



BULLEN TERROR

Frankfurt (ID) Polizeipräsident Müller benötigt Freizeitberater

15. März

Die Rechtsanwälte Reiner Demski und Bernd Koch forderten auf einer Pressekonferenz bei dem Schriftsteller Jürgen Roth den hessischen Innenminister und den Leiter der Frankfurter Staatsanwaltschaft auf, „der hemmungslosen Propagandatätigkeit" des Frankfurter Polizeipräsidenten Müller, ein rasches Ende zu bereiten. Der Polizeipräsident beeinflusse nach Ansicht der Rechtsanwälte die Klärung der gegen zahlreiche Polizeibeamte erhobenen Vorwürfe derart massiv zugunsten der beschuldigten Beamten, daß der ordnungsgemäßige Ablauf der Ermittlungsverfahren fraglich sei. Als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft sei der Polizeipräsident nicht befugt, in dieser Weise in die Rechtspflege einzugreifen und unter Ausnutzung seines Amtes die Massenmedien zur Verteidigung der beschuldigten Polizeibeamten einzusetzen, indem er durch einseitige Darstellungen die Ergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vorwegzunehmen versuche. Besonders betroffen zeigten sich die Anwälte darüber, daß Müller in einer Sendung des hessischen Rundfunks Polizeifotos von den Anzeigeerstattern — teilweise unter voller Namensnennung — veröffentlichte. Es sei bedauerlich, daß sich der hessische Rundfunk zu einer solchen Verletzung der Intimsphäre hergegeben hatte. Diese Methoden des Polizeipräsidenten seien objektiv geeignet, Zeugen einzuschüchtern und würden — unterstelle man nicht den durch nichts zu erschütternden Glauben Müllers an die Unschuld seiner Beamten — Anlaß geben, gegen ihn wegen Verdachts der Begünstigung im Amt zu ermitteln und zu prüfen, ob gegen den Polizeipräsidenten wegen Verdunklungsgefahr Untersuchungshaft anzuordnen sei. Der psychologisch sicherlich nicht uninteressante Rechtfertigungsdrang des Polizeipräsidenten führe dazu, daß es schwierig sein werde, in Hessen Richter zu finden, deren Unbefangenheit über jeden begründeten Zweifel erhaben sei.

Als Verteidiger von Gerhard Zwerenz forderte Rechtsanwalt Demski Innenminister Bielefeld auf, dem Polizeipräsidenten sofort zu untersagen, während seiner Dienstzeit „die Ergebnisse seiner durchaus dilettantischen Forschungen über den Geisteszustand und den literarischen Wert der Werke" seines Mandanten der Öffentlichkeit mitzuteilen. Wenngleich Demski auch für ausgefallene Hobbies Verständnis habe, sollten diese doch während der Freizeit ausgeübt werden.

US-Spezialeinheiten zum „Schutz" der Besatzer

Den Aufbau von „Spezialeinheiten" der US-Armee in der BRD treiben Führungsstäbe der US-amerikanischen Besatzungsmacht voran. Wie die Agentur ppa berichtet, begründen US-Offiziere dies mit der Behauptung, „daß jederzeit mit direkten Aggressionen gegen amerikanische Einrichtungen und Personen gerechnet werden muß". Von der Polizei sei im „Ernstfall" kaum umfassende und vor allem schnelle Hilfe zu erwarten. Die Möglichkeit zur Aufstellung von „Spezialeinheiten" ergebe sich aus dem Recht eines Militärbefehlshabers in der BRD, „bei unmittelbarer Bedrohung seiner Streitkräfte angemessene Schutzmaßnahmen" zu ergreifen. In diesem Zusammenhang wird auf die „anarchistischen Ausschreitungen" bei einer Demonstration gegen Bodenspekulation und Wohnraumvernichtung im Frankfurter Westend verwiesen.

Neues Mittel zur Bekämpfung von „Gefangenen"-Unruhen

Die Militärwachen in Long Kesh (KZ in Irland) wurden auf Veranlassung des Verteidigungsministeriums mit einem neuen Kampfmittel ausgerüstet, wie aus einem Bericht des „Guardian" vom 8. 3. 1974 hervorgeht.

Es ist eine Chemikalie, Abkürzung CR, die in Wasserwerfern und Spraydosen verwendet werden kann. Es ruft starke Reizungen und eine „zeitlich beschränkte Unfähigkeit klar zu sehen" hervor. Aus der Sicht des Militärs („riot-controllers") hat es gegenüber dem bisher verwendeten CS-Gas zwei Vorteile: es verteilt sich nicht so stark wie CS-Gas und kann leichter gezielt auf bestimmte Personen gerichtet werden, die aufgrund der Wirkung nicht flüchten können.

Die Verantwortlichen scheinen anzunehmen, daß die Anwendung dieses bei Unruhen gezielt einsetzbaren Kampfmittels den „Radikalisierungs"-Effekt ganzer Gemeinden verhindern könne, den sie als Folge der Verwendung des sich leicht verteilenden CS-Gases in den katholischen Gebieten Nordirlands festzustellen meinten.

CR wurde von der britischen und US-Armee getestet, aber bisher weigerten sich die Regierungen, die Ergebnisse zu veröffentlichen. Es scheint, als sollten die Gefangenen in Long Kesh als Versuchskaninchen benutzt werden.



FNP 2.3.74 –

Polizei warnt die Frankfurter

Frankfurt, 1. März (dpa)
In einem ungewöhnlichen Appell hat die Polizei die Frankfurter Bevölkerung davor gewarnt, während der für heute trotz des Verbots geplanten Demonstration in der Nähe von Stellen zu bleiben, an denen sich Demonstranten zusammenrotten. Die Polizei könne dort bei den notwendigen Einsätzen kaum zwischen Beteiligten und Unbeteiligten unterscheiden. Neugierige würden sich nur selbst schaden.
Die Polizei forderte außerdem Eltern und Lehrer auf, ihre Kinder bzw. Schüler von der Demonstration fernzuhalten. Nach ihren Beobachtungen hätten sich an den Krawallen des letzten Wochenendes auch zahlreiche Minderjährige beteiligt. Die Polizei wird das Demonstrationsverbot mit allen angemessenen Mitteln durchsetzen. Für die Bevölkerung bestehe kein Grund zur Beunruhigung.



Alliierte über Extremisten besorgt

LF — Mit wachsender Sorge und Aufmerksamkeit verfolgen westalliierte Sicherheitsbehörden die Ausschreitungen radikaler Elemente in Frankfurt gegen die bestehende Staatsgewalt, obwohl sich die letzten Angriffe nicht wie während des Vietnam-Krieges unmittelbar gegen amerikanische Institutionen gerichtet haben.

Die permanente Flugblatt-Hetze dieser Extremistengruppen gegen den „US-Imperialismus", der für die Inhaftierung türkischer Terroristen in Frankfurt und Saarbrücken genauso verantwortlich gemacht wird wie für die Hinrichtung zum Tode verurteilter Spanier, läßt nach Ansicht der Sicherheitsbehörden die Befürchtung aufkommen, daß „jederzeit mit direkten Aggressionen gegen amerikanische Einrichtungen und Personen gerechnet werden muß". Zur Abwehr der sich daraus ergebenden Gefahren ist nach Auffassung von US-Offizieren der Aufbau einer Spezialeinheit notwendig, zumal im Ernstfall von der deutschen Polizei umfassende und vor allem schnelle Hilfe angesichts ihrer personellen und strategischen Position kaum zu erwarten sei.

Obwohl der Notstandsartikel 5 der deutsch-alliierten Verträge mit der Verabschiedung eines eigenen deutschen Notstandsgesetzes aufgehoben wurde, hat jeder Militärbefehlshaber "das Recht und die Pflicht, bei unmittelbarer Bedrohung seiner Streitkräfte „angemessene Schutzmaßnahmen" unmittelbar zu ergreifen. Wie es scheint, ist davon in jüngster Zeit unbemerkt von der Öffentlichkeit mehr Gebrauch gemacht worden, als man ahnt, zumindest um ein Übergreifen der Ausschreitungen vom Westend auf das unmittelbar angrenzende Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte im IG-Hochhaus zu verhindern. Dieses Gebäude war bereits Ziel eines Bombenanschlags der Baader-Meinhof-Bande, ebenso das US-Hauptquartier in Heidelberg.